AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES

Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 44 | FREITAG, DEN 6. JUNI | 2014

Inhalt:

	Seite
Öffentliche Zustellung	985
Öffentliche Zustellung	985
Öffentliche Zustellung	985
Öffentliche Zustellung	985

BEKANNTMACHUNGEN

Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt des Herrn Sadullah Bürke, geboren am 3. April 1973, zuletzt bekannte Anschrift: Slomannstraße 5c, 20539 Hamburg, ist unbekannt.

Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Erdgeschoss, 20095 Hamburg, wird am 18. Juni 2014 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418), eine Benachrichtigung ausgehängt, dass für den Genannten ein Schreiben im Fachamt Jugend- und Familienhilfe, Klosterwall 8, Zimmer 210, 20095 Hamburg, montags oder donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Abholung bereitliegt.

Die Zustellung gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 2. Juli 2014 als bewirkt.

Hamburg, den 19. Mai 2014

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 985

Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt des Herrn Ümit Cuya, geboren am 6. April 1978, zuletzt bekannte Anschrift: Neuhöfer Straße 21, 21107 Hamburg, ist unbekannt.

Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Erdgeschoss, 20095 Hamburg, wird am 18. Juni 2014 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418), eine Benachrichtigung ausgehängt, dass für den Genannten ein Schreiben im Fachamt Jugend- und Familienhilfe, Klosterwall 8, Zimmer 210, 20095 Hamburg, montags oder donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Abholung bereitliegt.

Die Zustellung gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 2. Juli 2014 als bewirkt.

Hamburg, den 19. Mai 2014

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 985

Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt des Herrn Thomas Qualmann, geb. Kierschke, geboren am 3. Mai 1969, zuletzt bekannte Anschrift: Tönnhäuser Straße 32, 21423 Winsen/Luhe, ist unbekannt.

Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Erdgeschoss, 20095 Hamburg, wird am 24. Juni 2014 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418), eine Benachrichtigung ausgehängt, dass für den Genannten ein Schreiben im Fachamt Jugend- und Familienhilfe, Klosterwall 8, Zimmer 210, 20095 Hamburg, montags oder donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Abholung bereitliegt.

Die Zustellung gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 8. Juli 2014 als bewirkt.

Hamburg, den 23. Mai 2014

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 985

Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt des Herrn Marcel Pruss, geboren am 8. März 1982, zuletzt bekannte Anschrift: Hermannstal 39, 22119 Hamburg, ist unbekannt.

Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Erdgeschoss, 20095 Hamburg, wird am 19. Juni 2014 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418), eine Benachrichtigung ausgehängt, dass für den Genannten ein Schreiben im Fachamt Jugend- und Familienhilfe, Klosterwall 8, Zimmer 223, 20095 Hamburg, montags oder donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Abholung bereitliegt.

Die Zustellung gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 3. Juli 2014 als bewirkt.

Hamburg, den 20. Mai 2014

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 985

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung
Tätigkeit als
bevollmächtigte Bezirksschornsteinfegerin/
bevollmächtigter Bezirksschornsteinfeger
für einen Kehrbezirk

In der Freien und Hansestadt Hamburg sind **zum 1. Januar 2015** die in **Anlage 1/Anlage 1a** aufgeführten 68 Kehrbezirke mit einer **bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegerin/einem bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger**[1] zu besetzen. Die **Anlagen** sind im Internet unter http://www.hamburg.de/bsu/service/ abzurufen.

Die Bestellung erfolgt durch die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt als zuständige Behörde.

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt sucht für die ausgeschriebenen Kehrbezirke engagierte Persönlichkeiten, die die Voraussetzungen zum bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger erfüllen.

Die Bestellung ist unter Berücksichtigung der Altersgrenze auf sieben Jahre befristet. Auf die Bestimmungen des § 12 Abs. 1 Schornsteinfeger-Handwerksgesetz (SchfHwG) wird hingewiesen.

Die Aufgaben und Tätigkeiten eines bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegers werden insbesondere in den §§ 13 bis 19 und 26 SchfHwG beschrieben. Aufsichtführende Behörde ist das jeweilige Bezirksamt, in dessen Verwaltungsbereich der Kehrbezirk liegt.

Anforderungen

Die Bewerberinnen und Bewerber[2] müssen:

1. die handwerksrechtlichen Voraussetzungen zur selbständigen Ausübung des Schornsteinfegerhandwerks besitzen. Dies ist der Fall bei Personen, die mit dem Schornsteinfegerhandwerk in die Handwerksrolle eingetragen sind oder die nach §§ 7 bis 9 Handwerksordnung (HwO) ohne Weiteres in die Handwerksrolle eingetragen werden können.
2. über die zur Erfüllung der Aufgaben eines bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegers erforderlichen Rechtskenntnisse verfügen und diese auf Verlangen nachweisen können,
3. die für die Ausübung der Tätigkeit erforderlichen gesundheitlichen Voraussetzungen erfüllen,
4. die persönliche und fachliche Zuverlässigkeit gewährleisten und
5. über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen, die für die Ausübung der Tätigkeit als bevollmächtigter Bezirksschornsteinfeger erforderlich sind.

Bewerberauswahl

Die Auswahl der Bewerber wird nach ihrer Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung in einem sachgerechten, objektiven, transparenten und nicht diskriminierenden Verfahren vorgenommen. Auf die Verordnung über das Ausschreibungsverfahren und die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber für die Tätigkeit als Bezirksschornsteinfegermeister oder als bevollmächtigter Bezirksschornsteinfeger (Kehrbezirksausschreibungsverordnung – KAVO) wird hingewiesen.

Die Auswertung der Bewerbungsunterlagen erfolgt kehrbezirksbezogen mithilfe eines Faktorverfahrens. Hierbei wird ein Ranking der Bewerber gebildet, das auf der Auswertung der Kriterien, die sich aus den in § 4 Abs. 1 KAVO genannten Unterlagen ergeben, basiert. Die Auswertungskriterien und deren Gewichtung können Sie der Auswertungsmatrix entnehmen.

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt behält sich vor, zusätzlich weitere Maßnahmen zur Ermittlung der bestgeeignetsten Bewerber durchzuführen. Hierfür können insbesondere Vorstellungsgespräche durchgeführt und Sachverständige gehört werden.

Anfallende Bewerbungskosten werden nicht erstattet.

Im Fall einer Bestellung entstehen Kosten in Höhe von 613,00 Euro nach dem Gebührengesetz vom 5. März 1986 (HmbGVBl. 1986 S. 37), letzte Änderung vom 17. Dezember 2013 (HmbGVBl. S. 503, 523) in Verbindung mit der Gebührenordnung für Amtshandlungen auf dem Gebiet des Schornsteinfegerwesens vom 20. August 2013 (HmbGVBl. S. 365).

Bewerbungsunterlagen

Die aufgeführten Anlagen sind wesentlicher Bestandteil der Bewerbung. Sollte eine Anlage nicht beigefügt werden, gilt die Bewerbung als unvollständig. Fehlende Unterlagen werden nicht nachgefordert.

Mit der schriftlichen Bewerbung, die den Familiennamen, die Vornamen, die Anschrift, die Telefon- und ggf. die Telefax-, die Mobilfunknummer und eine E-Mail-Adresse enthält, sowie vom Bewerber unterschrieben wird, sind folgende Unterlagen vorzulegen:

I. Allgemeines/berufliche Zulassung

(1) Unterschriebener tabellarischer Lebenslauf, der genaue Angaben über die schulische und berufliche Vorbildung, den beruflichen Werdegang und über zusätzliche Qualifikationen und Abschlüsse enthält und aus dem der Beginn sowie das Ende der jeweiligen Tätigkeiten hervorgehen[3],

(2) Nachweis über das Vorliegen der Voraussetzungen zur Eintragung in die Handwerksrolle:

a) Zeugnisse über die Gesellenprüfung und
b) die Meisterprüfung.

II. Berufserfahrung im Schornsteinfegerhandwerk

(3) Nachweise über bisherige Schornsteinfegertätigkeiten, wie Bestellungsurkunden, Arbeitsverträge oder vergleichbare Unterlagen, insbesondere Arbeitsbescheinigungen, Arbeitszeugnisse, Bescheinigungen des Arbeitsamtes, Sozialversicherungsnachweise (Anlage 2).

Berücksichtigungsfähig sind sämtliche Tätigkeiten im Schornsteinfegerhandwerk, die ab dem Folgetag der Gesellenprüfung ausgeführt worden sind bis zum Monat der Ausschreibung. Tatsächliche Berücksichtigung im Rahmen der Auswertung finden nur Berufszeiten, die anhand von Nachweisen vorgelegt werden. Der Nachweis soll die Beschäftigungsdauer (Beginn und Ende) und das Handwerk beinhalten.

---

[1] Im Folgenden wird lediglich die Bezeichnung bevollmächtigter Bezirksschornsteinfeger verwendet.

[2] Im Folgenden wird lediglich die Bezeichnung Bewerber verwendet.

[3] Die detaillierte Darstellung sämtlicher Weiterbildungen ist an dieser Stelle jedoch nicht gewünscht.

(4) Zusätzlich für Bezirksinhaber/ehemalige Bezirksinhaber:

Benennung jeder zuständigen Aufsichtsbehörde innerhalb der letzten 7 Jahre vor Ausschreibungsbeginn, sofern es sich hierbei nicht um die Hamburger Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt handelt (Anlage 3).

III. Zusätzliche Qualifikationen und Weiterbildungen

(5) Nachweise über zusätzliche Qualifikationen, Weiterbildungsmaßnahmen und Abschlüsse, hierzu zählen auch Teilnahmebescheinigungen für Seminare und Schulungen (Anlage 4, Anlage 4a),

(6) Nachweis über die Führung eines nach DIN EN ISO 9001 oder DIN EN ISO 14001 zertifizierten Betriebes oder die Beschäftigung in einem zertifizierten Betrieb seit dem 29. November 2008 von mind. 3 Jahren bis zum Zeitpunkt der Ausschreibung (Anlage 4).

Im Rahmen der allgemeinen Weiterbildungen werden max. 35 Weiterbildungstage innerhalb der letzten 7 Jahre ab dem Monat der Ausschreibung berücksichtigt. Sonstige Qualifikations- und Lehrgangsnachweise werden i.d.R. ohne zeitliche Einschränkung berücksichtigt.

Die berücksichtigungsfähigen Weiterbildungen/Qualifikationen und deren Wertigkeiten entnehmen Sie bitte der Orientierungshilfe (Hinweis: Diese Auflistung ist nicht abschließend).

IV. Nachweise

(7) Nachweis über die Beantragung eines Führungszeugnisses zur Vorlage bei einer Behörde – Belegart O – § 30 Bundeszentralregistergesetz vom 21. September 1984 (BGBl. I S. 1229, 1985 I S. 195), zuletzt geändert am 6. September 2013 (BGBl. I S. 3556)[4],

(8) Nachweis über die Beantragung einer Auskunft aus dem Gewerbezentralregister zur Vorlage bei einer Behörde nach § 150 Abs. 5 Gewerbeordnung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202) zuletzt geändert am 6. September 2013 (BGBl. I S. 3556)[4],

(9) Zusätzlich für Bezirksinhaber/selbständige Unternehmer:

Bei Bewerbern in ausgeübter selbständiger Tätigkeit eine Bescheinigung über die ordnungsgemäße Entrichtung der Sozialversicherungsbeiträge für Selbständige (für den Bewerber selbst sowie für jeden seiner Arbeitnehmer/innen),

V. Erklärungen und Zustimmungen

(10) Der Bewerber erklärt die in Anlage 5 aufgeführten persönlichen Voraussetzungen für die Tätigkeit als bevollmächtigter Bezirksschornsteinfeger.

(11) Zusätzlich für Bezirksinhaber/ehemalige Bezirksinhaber:

Der Bewerber erklärt die in Anlage 6 aufgeführten Besonderheiten über seine bisherige Tätigkeit als bevollmächtigter Bezirksschornsteinfeger bzw. als Bezirksschornsteinfegermeister.

VI. Sonstiges

(12) Festlegung der Rangfolge der Bewerbung, soweit sich der Bewerber auf mehrere Kehrbezirke bewirbt (Anlage 7). Eine Vergabe gleichwertiger Rangplätze ist nicht möglich.

VII. Darüber hinaus erbitten wir die Vorlage folgender Unterlagen

(13) Zusätzlich für Bezirksinhaber/selbständige Unternehmer: Bei Bewerbern in ausgeübter selbständiger Tätigkeit eine steuerrechtliche Unbedenklichkeitsbescheinigung (Bescheinigung in Steuersachen) des zuständigen Finanzamtes. Sofern Sie in die Zuständigkeitsbereiche unterschiedlicher Finanzämter fallen, übersenden Sie bitte je eine Bescheinigung.

VIII. Zusätzliche Unterlagen für Bewerber, die ihre Berufsqualifikation in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz erworben haben

(14) die nach § 6 der EU/EWR-Handwerk-Verordnung vom 20. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3075) vorzulegenden Unterlagen und Bescheinigungen und

(15) eine Bescheinigung der zuständigen Stelle des Herkunftsstaates darüber, dass dem Bewerber die Ausübung des Gewerbes nicht, auch nicht vorübergehend, untersagt ist.

Wird im Herkunftsstaat des Bewerbers eine Bescheinigung im Sinne des vorherigen Absatzes nicht ausgestellt, so kann der Bewerber auch eine Bescheinigung über die Abgabe einer Versicherung an Eides statt abgeben. Wenn es im Herkunftsstaat des Bewerbers eine Versicherung an Eides statt nicht gibt, ist eine Bescheinigung über eine feierliche Erklärung vorlegen, die der Bewerber in seinem Herkunftsstaat vor einer zuständigen Behörde, einer Notarin oder einem Notar oder einer zur Entgegennahme der Erklärung befugten Berufsorganisation abgegeben hat.

Die Bewerbungsunterlagen der Nummern (2), (3), (5) und (6) sind in einfacher Kopie zu übersenden. Bitte übersenden Sie keine Originale. Eine Beglaubigung ist nicht erforderlich. Die Nachweise der Punkte (7) bis (9), sowie (13) bis (15) dürfen zum Zeitpunkt der Ausschreibung nicht älter als 3 Monate sein. Vor der Bestellung kann die Behörde die Vorlage der in Kopie eingereichten Unterlagen im Original verlangen.

Zur Überprüfung der Vollständigkeit der Bewerbung kann der Bewerber die hierfür zur Verfügung gestellte Checkliste nutzen.

Der Bewerbung können weitere Unterlagen beigefügt werden, die zusätzliche Auskünfte über die Befähigung und fachliche Leistung des Bewerbers geben.

Verfahren

Ihre schriftliche Bewerbung muss mit den erforderlichen Unterlagen bis zum 8. Juli 2014 um 9.30 Uhr unter Angabe der Ausschreibungsnummer **DK-IB1-205-14** in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Zentrale Vergabeaufsicht (ZVA), Zimmer E 01.421, Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, eingegangen sein.

Im Falle fehlender/unvollständiger, veralteter, nicht fristgemäß oder per Email eingesandter Bewerbungsunterlagen sind Bewerber in der Regel vom Auswahlverfahren ausgeschlossen. Die Bewerbungsunterlagen werden mit entsprechendem Vermerk zurückgesandt. Im Falle einer Berufung auf Bewerbungsunterlagen einer früheren Bewerbung gelten die Bewerbungsunterlagen als nicht eingesandt! Sie werden mit entsprechendem Vermerk zurückgesandt. Die eingereichten Bewerbungsunterlagen werden vorbehaltlich dieser genannten Ausnahmen nicht zurückgesandt.

---

[4] Die Auskunft selbst lassen Sie bitte ebenfalls an die Bewerbungsadresse auf der Folgeseite übersenden.

Bitte beachten Sie, dass bei der Auswertung der Bewerbungsunterlagen nur eingereichte Nachweise, Bescheinigungen und Anlagen berücksichtigt werden können. Es erfolgt keine Nachforderung fehlender Nachweise der Nummern (2), (3), (5) und (6) sowie der angeführten Anlagen!

Für Auskünfte zum Auswahlverfahren steht Ihnen die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Frau Cohn, Telefon: 040/4 28 40 - 26 12 während der Dauer der Ausschreibung gerne zur Verfügung. Nach Ablauf der Bewerbungsfrist wird zum Verfahrensstand keine Auskunft erteilt.

Hamburg, den 26. Mai 2012

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

424

Öffentliche Ausschreibung

a) Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
Zentrale Vergabestelle K 5,
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,
Telefon: 040/4 28 26 - 24 95, Telefax: 040/4 27 31 - 14 48,
E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de

b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)

c) Entfällt

d) Öffentliche Ausschreibung

e) Hamburg-Rothenburgsort

f) Vergabenummer: **ÖA K5 208/14**

Opernwerkstätten Rothenburgsort, Innere Erschließung

1. Baustufe

Zur Baugrundverbesserung ist vorgesehen, im Bereich einer zukünftigen Straßenfläche die Weichböden zu drainieren und als Vorbelastung eine Sandaufschüttung (ca. 2,0 m/2,5 m) durchzuführen. Arbeitsplanung ca. 14.500 m², Einbau V-Drains ca. 39.000 Stück. Liefern Vorbelastungssand ca. 39.000.

g) Entfällt

h) Entfällt

i) Beginn: Oktober 2014
Ende: Januar 2015

j) Nebenangebote sind zugelassen.

k) Anforderung der Vergabeunterlagen,
sowie Einsichtnahme:

Vom 3. Juni 2014 bis 23. Juni 2014, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.

Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
RB/ZVA, Zimmer E 01.419,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Telefax: 040/4 27 31 - 05 27

l) Höhe des Kostenbeitrages: 16,– Euro

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung,
Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Konto-Nr.: 375 202 205, BLZ: 200 100 20
IBAN: DE50 2001 0020 0375 2022 05
BIC: PBNKDEFF200 Hamburg
Geldinstitut: Postbank Hamburg

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.

m) Entfällt

n) Die Angebote können bis zum 24. Juni 2014, 9.30 Uhr, eingereicht werden.

o) Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Eröffnungsstelle RB/ZVA, Zimmer E 01.421
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg

p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 26. Juni 2014 um 9.30 Uhr.

Anschrift: siehe Buchstabe o).

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

r) Siehe Vergabeunterlagen.

s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.

t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.

Auf gesondertes Verlangen sind folgende Nachweise und Angaben vorzulegen: MVAS; Nachweis ZTV Siele AK 1 oder gleichwertig. Benennung des/der Geschäftsführer(s) bzw. sonstigen verantwortlich handelnden Personen, für die die Vergabestelle eine Abfrage beim Register zum Schutz fairen Wettbewerbs durchführen muss; Name, Vorname, Geburtsdatum und Geburtsort dieser Personen; Einwilligung dieser Personen in die Nutzung ihrer Daten für die Abfrage beim Register zum Schutz des fairen Wettbewerbs. Bei Bietergemeinschaften wird jedes Einzelunternehmen und deren Geschäftsführung abgefragt.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 15. August 2014.

w) Beschwerdestelle:
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Geschäftsführer (GF),
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,
Telefax: 040/4 28 26 - 22 04

Hamburg, den 2. Juni 2014

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

425

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
U 40, Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von: Frau Kirsten Spann
Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 68
Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):
Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/ des Auftraggebers:

http://www.hamburg.de/schulbau/

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber/den Auftraggeber

Abbruch, Ersatzbau und Neubau der Ganztagsschule Nettelnburg, Fiddigshagen 11 in Hamburg – Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr: 12

Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1. Januar 2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche beträgt etwa 9,1 Mio. m² und die Hauptnutzungsfläche etwa 3,1 Mio. m².

In dieser Tätigkeit wurde Schulbau Hamburg beauftragt, Bestandssanierungen und Neubauten in der Schule Nettelnburg, Fiddigshagen 11, 21035 Hamburg-Bergedorf, durchzuführen. Die Grundschule Nettelnburg, 1928 eingeweiht, ist eine offene Ganztagsschule und im Schulentwicklungsplan als vierzügige Bildungseinrichtung vorgesehen. Zur Zeit besuchen circa 340 Schüler diese Grundschule und werden von 26 LehrerInnen sowie 7 ErzieherInnen und SonderschulpädagogInnen betreut.

Die aktuelle Bestandsfläche der Schulgebäude beträgt 3.156 m² NGF. Gemäß Musterflächenprogramm für allgemeinbildende Schulen in Hamburg von 2011 ergibt sich ein Bedarfszuwachs in Höhe von 1.346 m² NGF bzw. 43 %, die sich in folgenden Bauvorhaben darstellen:

Bauabschnitt 1:
Ersatz- und Neubau von ca. 1.800 m²

- Unterrichts- und Lehrerräumen
- Fachräumen
- Ganztags- und Gemeinschaftsflächen mit Küche und Essbereich

Bauabschnitt 2, Realisierung 2019/2020 (als optionale Beauftragung durch den AG):

- Sanierung, ggf. auch Ersatzbau der bestehenden Einfeldsporthalle (ca. 660 m²) und Neubau einer weiteren Einfeldsporthalle (ca. 660 m²), ggf. alternativ Neubau einer Zweifeldhalle.

Zur Schaffung der Baufeldfreimachung sind diverse abgängige Gebäude für den Abbruch vorgesehen. Der AN unterstützt die Objektleitung bei diesen Maßnahmen. Im Zuge der hochbaulichen Maßnahmen werden auch die Außenanlagen durch Dritte AN überplant und erneuert. Dies hat zur Folge, dass der gesamte schulische Bereich im Rahmen der anstehenden Maßnahmen in seinen wesentlichen Zügen neu zu gestalten ist. In einer Zielplanung wird daher der gesamte Standort in einem ersten Schritt überplant.

Für die Umsetzung der Gesamtmaßnahme ist ein Budget von ca. 8.092.000 Euro (brutto) gem. DIN 276 Kostengruppen 200-700 (ohne Kgr. 710) vorgesehen. Die genannten Maßnahmen sind unter Einhaltung des Budgets sowie unter der Prämisse der standortspezifischen Anforderungen im Rahmen eines Gesamtkonzepts zu entwickeln. Es werden planerische Vorschläge erwartet, die ein optimales Verhältnis zwischen nachhaltigen Materialien, hoher Energieeffizienz, niedrigen Betriebskosten, anspruchsvoller Gestaltung und wirtschaftlicher/kostengünstiger Erstellung vorweisen.

Die Maßnahme soll unverzüglich durchgeführt werden. Der Termin der Übergabe und somit der Nutzung ist in Teilen für Juli 2016, final der 2. BA für Juli 2020 vorgesehen. Die Baumaßnahme erfolgt bei laufendem Schulbetrieb mit temporären Ausweichquartieren für die Schüler. Dies erfordert eine gut abgestimmte Baustellenlogistik, die Rücksicht auf die besonderen Anforderungen des Schulbetriebes nimmt.

Die zu vergebenen Leistungen bestehen aus:

Bauabschnitt 1:

– Lph 2-3 Technische Ausrüstung gemäß § 55 HOAI
– Lph 4-9 Technische Ausrüstung gemäß § 55 HOAI als Option, stufenweise durch Bestimmungen des AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

Bauabschnitt 2:

– Lph 2-3 Technische Ausrüstung gemäß § 55 HOAI als Option
– Lph 4-9 Technische Ausrüstung gemäß § 55 HOAI als weitere Option, stufenweise durch Bestimmungen des AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

Bei der Planung ist sowohl auf das pädagogische Konzept der Schule als auch auf die Charakteristika der Schulanlage (Ensemblewirkung, Adressbildung) einzugehen. Die Schule ist in Abstimmung mit dem Bauherrn eng in die Planung einzubeziehen, um die nutzerspezifischen Anforderungen optimal umsetzen zu können. Als Teil des Auftrags (als besondere Leistung) sind gemeinsam mit Schulleitung und ggf. weiteren Gremien bis zu drei Workshops durchzuführen, die das objektleitende Architekturbüro moderiert.

Die Leistungen der Objektplanung gem. § 34 HOAI wurden bereits in einem gesonderten europaweiten VOF-Verfahren ausgeschrieben. Vorbehaltlich einer Entscheidung im laufenden VOF-Verfahren wird der ausgewählte Objektplaner an den Verhandlungsgesprächen in der Funktion eines nicht stimmberechtigten Sachverständigen teilnehmen.

Die Schulleitung nimmt in beratender Funktion an den Angebotsverhandlungen teil. Ggf. werden weitere Vertreter aus behördlichem Kontext in beratender Funktion teilnehmen (z. B. Bezirk). Die Wahrnehmung der Projektsteuerungsleistungen erfolgt durch das Herr Dr. Jan Bech, Büro Assmann Beraten + Planen GmbH. Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VOF-Verfahrens durch das büro luchterhandt, Hamburg, unterstützen und beratend begleiten.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 71240000

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Lose: Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Gemäß Schwellenwertberechnung (Aufteilung der Anlagengruppen gem. BKI 2012) wird das Honorarvolumen auf rund 239.000,– Euro (netto) inklusive Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.

Geschätzter Wert ohne MwSt: 239.000,– Euro

II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja

Bauabschnitt 1:

– Lph 4-9 Technische Ausrüstung gemäß § 55 HOAI als Option, stufenweise durch Bestimmungen des AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

Bauabschnitt 2:

– Lph 2-3 Technische Ausrüstung gemäß § 55 HOAI als Option
– Lph 4-9 Technische Ausrüstung gemäß § 55 HOAI als weitere Option, stufenweise durch Bestimmungen des AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**

Laufzeit: 72 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Deckungssummen der Berufshaftpflicht:

Deckungssummen für Personenschäden von mindestens 1.500.000,– Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von mindestens 500.000,– Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der Bewerberin bzw. dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt. Die Auftraggeberin behält sich vor, die Höhe der oben geforderten Mindestdeckungssummen im weiteren Verfahren zum Gegenstand der Verhandlungen zu erklären. In diesem Zusammenhang erklärt/erklären der/die Bewerber/in insofern seine bzw. ihre Bereitschaft sowohl zur Anpassung auf die oben geforderten Mindestdeckungssummen als auch im Bedarfsfall zur Erhöhung der oben geforderten Mindestdeckungssummen. (Die schriftliche Bestätigung der Versicherung der Bewerber/innen, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein, ist als Nachweis ausreichend.)

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja

Der Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974, geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet. Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß § 3 Hamburgisches Vergabegesetz.

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Für den Teilnahmeantrag ist ein Bewerbungsbogen inkl. sämtlicher Vordrucke auszufüllen. Diese sind schriftlich oder unter der E-Mail vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de anzufordern.

Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigefügten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerbungsbogen und die Vordrucke sind in den Originalen an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Gescannte oder kopierte Unterschriften werden nicht zugelassen. Mehrfachbeteiligungen in personell identischer Form werden nicht zugelassen. Bewerbungen per E-Mail sind nicht zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten. Die Bildung einer Bietergemeinschaft ist möglich, die Bieter müssen bereit sein, bei Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden. Jedes Mitglied der Bietergemeinschaft hat die geforderten Unterlagen, Erklärungen und Nachweise vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Der Bewerbungsbogen ist für eine Bietergemeinschaft nur einmal vorzulegen.

Angaben der Bewerber gemäß VOF § 4 (2), (3); § 4 (6) a) bis g), (9) a) bis e); § 5 (1). Die Durchführung der Leistungen soll gem. § 2 (3) unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen. Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen, Nachweise und Erklärungen abzugeben:

Vollständig ausgefüllter Bewerberbogen, anzufordern bei der genannten Kontaktstelle.

Anlage 1A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (in Kopie).

Anlage 1B: Erklärungen darüber, dass keiner der in § 4 Abs. 6 a) bis g) sowie § 4 Abs. 9 a) bis e) VOF genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber zutrifft (Vordruck).

Anlage 1C: Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck).

Anlage 1D: Bereitschaft zur Verpflichtung gem. Verpflichtungsgesetz (Vordruck).

Anlage 1E: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck).

Anlage 1F: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck).

Anlage 1G: Erklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragsnehmern (Vordruck).

Anlage 1H: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes § 3 Hamburgisches Vergabegesetz (Vordruck).

Anlage 1I: Eigenerklärung über geleistete Steuerzahlungen und Sozialabgaben (Vordruck), die Nachweise in Kopie werden mit dem Honorarangebot abgefordert.

Anlage 2A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.1 genannten Deckungssummen (in Kopie) und die schriftliche Erklärung der Bereitschaft einer etwaigen Anhebung gemäß Ziffer III.1.1. Bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.1.

Anlage 3A: Nachweis über die Berufszulassung oder Bescheinigung über die berufliche Befähigung des Bewerbers (in Kopie).

Anlage 3B: Leistungsübersicht (siehe III.2.3).

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben), d.h. nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn diese nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, indem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Da die Amtssprache für dieses Verfahren Deutsch ist, sind alle fremdsprachigen Urkunden oder Nachweise zu übersetzen. Eine eigenverantwortliche Übersetzung ist ausreichend. Etwaige Übersetzungskosten trägt der Bewerber selbst. Eine beglaubigte Kopie ist nicht notwendig. Das Format der Unterlagen soll DIN A4 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen sind deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsformular vorgegebenen Reihenfolge zu kennzeichnen. Die Seiten werden bitte durchgehend nummeriert. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt. Die Bewerbung ist in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

A) Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung oder eine entsprechende, umfassende Bankerklärung (mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden, mind. 0,5 Mio. Euro für sonstige Schäden).

B) Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich gem. § 55 HOAI in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2011, 2012, 2013) (§ 5 Absatz 4 c VOF). Geforderter Mindest-

standard: Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 200.000 Euro (netto) erreichen. Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen, sieht § 5 Absatz 4 VOF aus berechtigten Gründen (z.B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z.B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

A) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter und Führungskräfte der letzten drei Jahre (je Jahr 2011, 2012, 2013). Geforderter Mindeststandard: mind. 2 Mitarbeiter/innen im Bereich Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI: HLS, mind. 2 Ingenieure/innen, im Bereich Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI: ELT. Bietergemeinschaften können diese Anforderung gemeinsam erfüllen.

B) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers und der für die Leistung vorgesehenen Person. Geforderter Mindeststandard: Ingenieurin/Ingenieur für Leistungen der Technischen Ausrüstung gem. § 55 HOAI: HLS, Ingenieurin/Ingenieur für Leistungen der Technischen Ausrüstung gem. § 55 HOAI: ELT (vgl.III.3.1).

C) Leistungsübersicht: Liste der wesentlichen, in den letzten max. 7 Jahren (Stichtag: 1. Januar 2007) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und der Übergabe an die Nutzer realisierten Leistungen unter Angabe:

- Projektbezeichnung,
- Kosten der Kostengruppe 400, differenziert in Kosten ELT und HLS (in EUR; netto) inkl. Angabe der Honorarzone,
- Größe (BGF),
- (öffentlichen/privaten) Auftraggebers (inkl. Nennung des Ansprechpartners mit Kontaktdaten),
- Leistungszeitraum,
- ausgeführte Leistungsphasen und Anlagengruppen,
- Besonderheiten: Bauen im Bestand.

Geforderter Mindeststandard: Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern nachzuweisen.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Ja

Geforderte Berufsqualifikation gem. § 19 VOF: Als Berufsqualifikation wird der Beruf Ingenieurin/Ingenieur für Leistungen der Technischen Ausrüstung gem. § 55 HOAI 2013: HLS und Ingenieurin/Ingenieur für Leistungen der Technischen Ausrüstung gem. § 55 HOAI 2013: ELT gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenem Satz benennen.

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl erfolgt anhand der in der Leistungsübersicht aufgeführten Projekte anhand folgender Auswahlkriterien:

Leistungsphasen 2-8 wurden erbracht: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte, 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).

Die Projekte waren in der Honorarzone II vergütet: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).

Bei dem Projekt handeltes sich um einen Neubau: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).

Bauen im Bestand: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt =1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).

Insgesamt können somit maximal 12 Punkte erreicht werden. Der dabei verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird mit dem Bewerbungsbogen versandt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl

entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl zu erhöhen oder gem. § 10 (3) VOF unter den verbliebenen Bewerbern zu losen.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Fachlicher Wert	15 %
2. Qualität	20 %
3. Kundendienst und technische Hilfe	10 %
4. Leistungszeitpunkt und Ausführungszeitraum	10 %
5. Umwelteigenschaften	15 %
6. Preis/Honorar	30 %

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

SBH VOF 019/2014

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 27. Juni 2014, 14.00 Uhr

Kostenpflichtige Unterlagen: Nein

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 30. Juni 2014, 14.00 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**:

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben**:

Anfragen von Bewerbern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:

http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen

Vorläufige Termine des Teilnahmewettbewerbs mit anschließendem Verhandlungsverfahren: Versendung der Angebotsaufforderung in der 30. Kalenderwoche 2014, Submissionstermin der Honorarangebote in der 33. Kalenderwoche 2014, Verhandlungsgespräche in der 34./35 Kalenderwoche 2014. Die Beauftragung erfolgt stufenweise.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer der Behörde
für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/040/4 28 40 - 20 39

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

28. Mai 2014

Hamburg, den 30. Mai 2014

Die Finanzbehörde 426

Der nachstehende Konzernabschluss 2013 der HASPA Finanzholding wurde am 24. April 2014 gebilligt.

Konzern-Lagebericht

Rahmenbedingungen

Rezession im Euroraum 2013 überwunden
Nach dem ersten Quartal 2013, als letztem von insgesamt sechs aufeinander folgenden Rezessionsquartalen, konnte diese im Euroraum überwunden werden. Bereits im zweiten Quartal setzte eine Erholung ein, die jedoch die Gesamtjahreskennziffer von minus 0,4 Prozent nicht mehr in den positiven Bereich heben konnte. Erfreulich ist, dass die europäischen Exporte schneller wuchsen als die Importe. Offenbar hat Südeuropa zumindest ein wenig an Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten gewonnen.

Deutsche Wirtschaft mit Wachstum
Auch die deutsche Wirtschaft musste zu Beginn des Jahres 2013 zunächst eine Schwächephase überwinden. Ab dem zweiten Quartal setzte das Wachstum hierzulande wieder ein – noch deutlich dynamischer als im Euroraum. Zwar liegt aufgrund des schwachen Starts die Wachstumsrate für das Gesamtjahr bei lediglich 0,4 Prozent, die Entwicklung im Jahresverlauf kann jedoch durchaus als Aufschwung bezeichnet werden. Getragen wurde die Konjunktur insbesondere durch die Binnenwirtschaft und hier vor allem durch privaten und staatlichen Konsum.

Aufgrund der auf Rekordniveau liegenden Staatseinnahmen sowie des niedrigen Zinsniveaus war der gesamtstaatliche Haushalt fast ausgeglichen. Die Inflationsrate lag mit 1,5 Prozent unter der Zielmarke der EZB von „unter, aber nahe bei 2 Prozent“. In dieser Situation hat die EZB den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte nochmals in zwei Schritten auf 0,25 Prozent gesenkt. Zudem hat sie verdeutlicht, dass sie die Niedrigzinspolitik beibehalten will, sofern keine neuen Umstände insbesondere bei den Inflationserwartungen eintreten.

Der deutsche Arbeitsmarkt vermeldete mit einer Erwerbstätigenzahl von 41,8 Millionen erneut einen Rekordwert. Hier schlägt sich auch der höhere Zuwanderungssaldo nieder, der das Arbeitskräftepotenzial wachsen ließ. Die Arbeitslosenquote stieg angesichts der Konjunkturschwäche am Jahresanfang moderat um 0,1 Prozentpunkte auf 6,9 Prozent.

Wirtschaftswachstum in Hamburg
In Hamburg stieg das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2013 um 0,5 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Damit lag das Wirtschaftswachstum in Hamburg deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Insbesondere Unternehmensdienstleister, das Gastgewerbe, der Bereich Information und Kommunikation sowie der Handel verzeichneten spürbare Zuwächse. Auch das Hamburger Handwerk entwickelte sich positiv.

Das Hamburger Konjunkturbarometer der Handelskammer Hamburg hat im dritten und vierten Quartal 2013 gezeigt, dass jeweils mehr der befragten Hamburger Unternehmen positive als negative Einschätzungen zu ihrer aktuellen und künftigen Geschäftslage sowie ihren Investitions- und Personalplanungen haben. Das reale Bruttoinlandsprodukt in Hamburg dürfte 2013 mit 0,5 bis 1 Prozent stärker zugenommen haben als in Deutschland insgesamt.

Der Hamburger Arbeitsmarkt entwickelte sich insgesamt positiv. Zwar hat die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr zugenommen, die Zahl der Erwerbstätigen in Hamburg ist 2013 jedoch um gut 12.300 Personen gestiegen. Dieser Zuwachs von 1,1 Prozent war geringer als im Jahr 2012, liegt aber deutlich über der bundesweiten Entwicklung.

Konzernstrategie

Die HASPA Finanzholding hat in ihrer besonderen Rechtsform als juristische Person alten hamburgischen Rechts dauerhaft die Verpflichtung, Sparkassengeschäft im Wirtschaftsraum Hamburg sicherzustellen. Diese in ihrer Satzung festgelegte Aufgabe ist damit verbindlicher Maßstab und Grenze von Geschäftsausrichtung und Strategie der HASPA Finanzholding. Die HASPA Finanzholding kann Unternehmen gründen, erwerben, veräußern oder sich an solchen beteiligen, die dem Sparkassengeschäft unmittelbar oder mittelbar dienen. Die Gestaltung und Entwicklung der HASPA-Gruppe in einem sich wandelnden Umfeld und das mit diesem

Fokus betriebene Beteiligungsmanagement stehen im Mittelpunkt des Handelns.

Kern der HASPA-Gruppe ist das erfolgreiche Sparkassengeschäft in der Metropolregion Hamburg. Dieses wird durch die Hamburger Sparkasse AG als zentralem Tochterunternehmen der HASPA Finanzholding betrieben. Die Hamburger Sparkasse AG besitzt mit ihrem dichten Filialnetz in Hamburg und Umgebung einen Grad der Kundennähe, der einzigartig ist. Die breite Aufstellung und die hohe Beratungskompetenz ermöglichen es der Hamburger Sparkasse AG nicht nur, für ihre Kunden in allen Lebenssituationen die gewünschten Leistungen erbringen zu können. Sie bedeuten auch, die Kunden bei ihren persönlichen und finanziellen Entwicklungen – vom ersten Sparbuch an – aktiv und flexibel begleiten zu können.

Die Hamburger Sparkasse AG hat erneut ihre Position als Marktführer in der Region behauptet und trägt dadurch zur langfristigen Sicherung der Sparkassenidee maßgeblich bei.

In der Sparkassenlandschaft haben Kooperations- und Verbundstrukturen für einen dauerhaften wirtschaftlichen Erfolg der Institute eine weiter steigende Bedeutung erlangt. Die HASPA Finanzholding ist in den vergangenen Jahren Beteiligungen an den schleswig-holsteinischen freien Instituten eingegangen. Die HASPA-Gruppe leistet mit ihrer finanziellen Beteiligung einen Beitrag zur Sicherung des regional verankerten Sparkassengeschäfts mit Entscheidungskompetenz vor Ort. Die HASPA Finanzholding stand bereit, ihre strategischen Partnerschaften auch mit öffentlich-rechtlichen Sparkassen zu begründen. Hierfür hatte der schleswig-holsteinische Landtag 2010 auch die Voraussetzungen geschaffen. Als erstmals die eröffnete Möglichkeit zur Beteiligungsnahme vor der Anwendung stand, wurde das Sparkassengesetz erneut geändert und die HASPA Finanzholding als potenzieller Träger ausgegrenzt. Damit sind kapitalunterlegte Kooperationen als Ergänzung zu bestehenden arbeitsteiligen Strukturen der Sparkassenorganisation unter Mitwirkung der HASPA Finanzholding derzeit nicht mehr umsetzbar.

Die HASPA Finanzholding begleitet die Bordesholmer Sparkasse AG, die Sparkasse zu Lübeck AG und die Sparkasse Mittelholstein AG bedarfsgerecht auch unter Berücksichtigung ihrer Beteiligungshöhe mit dem Ziel einer nachhaltig ökonomisch vorteilhaften Entwicklung. Die HASPA Finanzholding ist zum 30. April 2013 aus dem Kreis der Gesellschafter der Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG ausgeschieden. Trotz umfangreicher Stützungsmaßnahmen, an denen sich die HASPA Finanzholding in einem deutlich über das von Trägern üblicherweise zu erwartende Maß hinaus beteiligt hat, war es nicht möglich, die Spar- und Leihkasse zu Bredstedt als eigenständiges Institut zu erhalten. Das Institut wurde – unter Erhalt des Sparkassengeschäfts vor Ort – auf die Nord-Ostsee Sparkasse fusioniert.

Im Rahmen einer von der Hauptversammlung der Sparkasse Mittelholstein AG beschlossenen Kapitalerhöhung, die der Erfüllung erhöhter Eigenkapitalanforderungen und der Sicherung ihrer Marktführerschaft in der Region dient, ist die HASPA Finanzholding zum Mehrheitsgesellschafter des Instituts geworden.

Neben der Ausrichtung der HASPA-Gruppe auf das Retailbanking zur Sicherung der Sparkassenidee durch die Hamburger Sparkasse AG sowie durch Beteiligungen an den freien Sparkassen in Schleswig-Holstein dienen auch die weiteren Beteiligungen diesem Ziel. Die Sicherung der Sparkassenidee wird durch die einzelnen Beteiligungsunternehmen auf unterschiedliche Weise unterstützt. Eine eher unmittelbare Unterstützung ergibt sich durch diejenigen Unternehmen, die mit den Sparkassen in direkten Leistungsbeziehungen für Produkte oder Dienstleistungen stehen. Eine stärker mittelbare Unterstützung erfolgt durch die Unternehmen, die ökonomische Erfolge auch dadurch erzielen, dass sie in Geschäftsfeldern mit sparkassentypischen Kunden tätig sind.

Die HASPA Finanzholding begleitet diese Unternehmen aktiv mit dem Ziel, bestehende Leistungsbeziehungen zum gegenseitigen Nutzen zu optimieren und auszubauen sowie auf Basis einer systematischen Beobachtung und Analyse der

relevanten Märkte, Geschäftsmodelle ertrags- und wachstumsorientiert weiterzuentwickeln.

Unsere in der Immobilienvermittlung und -beratung tätige Tochter Grossmann & Berger GmbH wird bei der Weiterentwicklung ihrer Geschäftsstrategie begleitet. Basis für Synergien insbesondere mit der Hamburger Sparkasse AG ist die hohe Überschneidung hinsichtlich Kunden und regionaler Ausrichtung. Die Geschäftsstrategie von Grossmann & Berger basiert dabei auf zwei Säulen: dem Bereich Gewerbeimmobilien, als dem historischen Kerngeschäft des Unternehmens, sowie dem gemeinsam mit der HASPA Finanzholding in den letzten Jahren erfolgreich etablierten Bereich Wohnimmobilien. Strategisch soll die regionale Marktführerschaft im Bereich Gewerbeimmobilien bei gleichzeitiger Stärkung der Marke Grossmann & Berger ausgebaut und auch überregional selektiv expandiert werden. So konnte im Jahr 2013 durch die Gründung des überregionalen Netzwerks „German Property Partners“ (GPP) die deutschlandweite Marktpräsenz und Wahrnehmbarkeit von Grossmann & Berger über die Marke GPP erhöht werden. Das Netzwerk ist bereits an fünf der bedeutendsten Immobilienstandorte in Deutschland präsent (Hamburg, Berlin, Stuttgart, München und Düsseldorf). Die Kunden der Hamburger Sparkasse AG können somit auf professionelle Dienstleistungen in der Vermittlung von Immobilien und immobilienbezogener Beratung zurückgreifen und dabei von starker lokaler Verankerung sowie der zunehmenden Entwicklung überregionaler Expertise profitieren.

Die immobilienbezogenen Aktivitäten der HASPA-Gruppe werden durch weitere Tochtergesellschaften ergänzt, die gemeinsam das Immobilien-Management bilden. Die NM Nord-IMMO Management GmbH & Co. KG, die NM Nord-IMMO Erste Immobilien GmbH, die WFG Wohnungsunternehmen Fiefstücken GmbH und die HASPA HanseGrund GmbH erbringen Verwaltungs- und andere Dienstleistungen im Immobiliensektor sowohl für den eigenen Bestand als auch für Dritte und nutzen ihre regionale Marktkenntnis zum zielgerichteten Ausbau und der Weiterentwicklung ihres Bestands an Gewerbe- und Wohnimmobilien im Raum Hamburg.

Die Unternehmen haben sich in den vergangenen Jahren – unter strategischer Begleitung durch die HASPA Finanzholding – zu professionellen Immobilien-Management-Unternehmen entwickelt, die umfassende Immobilien-Dienstleistungen aus einer Hand anbieten. Für die seit Juni 2012 unter neuer Marke auftretende HASPA HanseGrund GmbH wird die Marktpositionierung als qualitativ hochwertiger Immobilienverwalter angestrebt. Im vergangenen Jahr wurden durch die Gründung der NM Nord-IMMO Erste Immobilien GmbH und kapitalstärkende Maßnahmen die Grundlagen für weiteres Wachstum im HASPA Immobilien-Management geschaffen. Die Unternehmen investierten wie im Vorjahr renditeorientiert in den Eigenbestand. Die Geschäftsführung aller vier Gesellschaften wurde vollständig vereinheitlicht und alle Aktivitäten wurden nun auch räumlich an einem gemeinsamen Standort gebündelt. Auf diese Weise wurden die Voraussetzungen zur Hebung weiterer Synergien noch einmal verbessert. Das Management wird auch im kommenden Geschäftsjahr gemeinsam mit der HASPA Finanzholding die Organisations-, Produktions- und Vertriebsstrukturen der Immobilien-Gesellschaften weiterentwickeln und weiter in den Immobilienbestand investieren, um die Wachstumsziele zu erreichen.

Die auf Geld- und Werttransporte spezialisierte Logistiktochter HLS Hamburger Logistik Service GmbH verfügt aus der Einbindung in die HASPA-Gruppe in Verbindung mit einer hohen Verlässlichkeit und Qualität des Dienstleistungsangebots bereits über eine gute Marktposition. Auf dieser Basis werden einerseits Wachstumspotenziale am Markt erschlossen und andererseits der Hamburger Sparkasse AG weiterhin qualitativ hochwertige Cash-Dienstleistungen zur Verfügung gestellt. Zur Umsetzung des geplanten Wachstumspfads haben sich im Rahmen einer Kapitalerhöhung zum 1. Januar 2014 sieben schleswig-holsteinische Sparkassen über den Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein an der HLS unternehmerisch beteiligt. Die HLS wird die Geld- und Wertlogistik für die beteiligten Sparkassen sukzessive übernehmen und somit in den Bundesländern Hamburg und Schleswig-Holstein flächendeckend vertreten sein.

Die HASPA Finanzholding unterstützt die HLS im Rahmen eines aktiven Beteiligungsmanagements intensiv dabei, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und ihre Marktpräsenz auszubauen. Die Erhöhung der Vertriebskapazitäten hatte bereits in den Jahren 2011 und 2012 zu Erfolgen in der Neukundengewinnung geführt. Dieser Erfolgskurs konnte durch die Gewinnung weiterer Kunden sowie die bevorstehende Expansion nach Schleswig-Holstein fortgeführt werden. Auch zukünftig sollen zur weiteren Marktdurchdringung verstärkt zusätzliche Kunden insbesondere aus der Finanzdienstleistungs- und Einzelhandelsbranche akquiriert werden. Dabei wird der Fokus der Vertriebsaktivitäten – neben dem bereits etablierten Geschäftsgebiet Hamburg – zunehmend auf das Marktgebiet Schleswig-Holstein gerichtet, wo im Rahmen der Kooperation mit den regionalen Sparkassen auch der Aufbau eines neuen Standorts geplant ist. Damit werden gleichzeitig die Beschäftigungsperspektiven für die Mitarbeiter nachhaltig gefestigt.

Gemeinsam mit dem Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein (SGVSH) ist die HASPA Finanzholding an der LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG beteiligt. Für die LBS ist die Unterstützung der weiteren Stärkung der Verbundpartnerschaft mit ihren Vertriebspartnern, den Sparkassen in Schleswig-Holstein und Hamburg, ein zentrales Element der Weiterentwicklung. Ferner sind die neue leben-Gesellschaften wichtige Produktlieferanten.

Ein Gemeinschaftsunternehmen der HASPA Finanzholding und des SGVSH sowie der Finanzholding der Sparkasse in Bremen ist die NRS Norddeutsche Retail-Service GmbH, die Stabs- und Backoffice-Dienstleistungen für Sparkassen in Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen und Niedersachsen erbringt. Sie bietet Leistungen an, die vom Kreditservice über Marktservice und Zahlungsverkehr bis hin zu Dienstleistungen in Finanzen und Controlling reichen.

Die HASPA Finanzholding arbeitet auch im Rahmen ihres gruppenweiten Risikomanagements eng mit den Tochterunternehmen zusammen. Als Kompetenz-Center erbringt sie darüber hinaus umfangreiche Dienstleistungen insbesondere auf den Gebieten der steuerlichen, rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Beratung. So übernimmt die HASPA Finanzholding die Steuer- und Rechtsberatung für alle Konzerntöchter.

Geschäftsverlauf der HASPA-Gruppe

Entwicklung des Jahresüberschusses
Die HASPA-Gruppe konnte im Geschäftsjahr 2013 einen soliden Konzern-Jahresüberschuss von knapp 53 Millionen Euro erzielen. Dieser ist zum einen durch eine Vorsorge für künftige mögliche Risiken in Folgejahren geprägt, zum anderen wurden das Ergebnis aus assoziierten Unternehmen sowie das Bewertungsergebnis durch weitere Risikovorsorge auf einzelne Beteiligungsansätze belastet. Das Konzernergebnis und dessen Entwicklung werden im Wesentlichen durch die Ergebnisse der nachfolgend dargestellten Konzernunternehmen bestimmt.

Gute Vermögens- und Finanzlage
Die Konzern-Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 2,6 Milliarden Euro auf 44,2 Milliarden Euro. Diese Ausweitung ist auf die erstmalige Vollkonsolidierung der Sparkasse Mittelholstein AG und auf das Geschäftswachstum der Hamburger Sparkasse AG zurückzuführen.

Die Eigenkapital-Ausstattung der HASPA-Gruppe erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr auf 3.800 Millionen Euro Kernkapital bzw. 4.028 Millionen Euro Eigenmittel. Dem stehen aufsichtsrechtliche Kapitalanforderungen von 2.437 Millionen Euro gegenüber, so dass sich mit einer Kernkapitalquote von 12,5 Prozent und einer Gesamtkapitalquote von 13,2 Prozent eine im Vorjahresvergleich weiter verbesserte Kapitalstruktur ergibt. Die HASPA-Gruppe erfüllt auf Basis der heutigen Risiko- und Kapitalpositionen bereits die strengeren zukünftigen Eigenkapitalanforderungen nach „Basel III“. Unsere Kapitalausstattung ist somit weiterhin eine gute Grundlage für eine nachhaltig unabhängige Entwicklung der HASPA-Gruppe.

Die Liquiditätslage der HASPA-Gruppe, die sich auch in der Kapitalflussrechnung widerspiegelt,

ist vor dem Hintergrund der Refinanzierungs- und Anlagestruktur bei einem hohen Bestand an Passivmitteln aus dem Kundengeschäft der Institute als komfortabel zu bezeichnen. Als Liquiditätsreserve werden hochliquide Wertpapiere gehalten. Zudem tritt die Hamburger Sparkasse AG aufgrund ihrer guten Mittelausstattung am Bankenmarkt weiterhin primär als Geldgeber auf.

Entwicklung wichtiger Unternehmen der HASPA-Gruppe

Hamburger Sparkasse AG – Jahresergebnis in einem herausfordernden Umfeld auf Vorjahresniveau

Das Jahresergebnis der Hamburger Sparkasse AG beträgt wie im Vorjahr 75 Millionen Euro. Dabei steht einem Anstieg im Betriebsergebnis vor Bewertung ein etwas verschlechtertes Bewertungsergebnis, welches sich aber insgesamt auf einem immer noch günstigen Niveau bewegt, gegenüber.

Der Zinsüberschuss lag mit 687 Millionen Euro knapp 6 Prozent unter dem Vorjahresniveau und unter dem Planwert. Das Kundengeschäft blieb wie prognostiziert auf Wachstumskurs und trug weiterhin den größten Teil zum Zinsüberschuss bei. Während die passivischen Bestände deutlich ausgeweitet werden konnten, liegen die aktivischen Bestände nur knapp über dem Vorjahreswert. Trotz der erfreulichen Entwicklung im Kundengeschäft hat das niedrige Zinsniveau wie erwartet die passivischen Konditionsbeiträge eher belastet. Der Fristentransformationsbeitrag fällt für das Geschäftsjahr geringer aus als erwartet und liegt auch unter dem Wert des Vorjahres. Auch die laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren haben sich gegenüber dem Vorjahreswert deutlich verringert. Mit 73 Prozent leistete das Zinsergebnis nach wie vor den dominierenden Beitrag zum Rohertrag als Summe von Zins- und Provisionsüberschuss.

Der Provisionsüberschuss nahm um 24 Millionen Euro oder gut 10 Prozent auf 254 Millionen Euro spürbar zu, ist allerdings etwas hinter der erwarteten deutlichen Zunahme zurückgeblieben. Die Entwicklung resultiert zu einem Teil aus höheren Provisionen im Giro- und Zahlungsverkehr. Daneben haben sich insbesondere die Provisionen aus dem Wertpapiergeschäft erhöht. Auch die Beiträge der weiteren Provisionen liegen in Summe über dem Niveau des Vorjahres.

Der Aufwand bis zum Betriebsergebnis vor Bewertung hat sich in Summe gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 49 Millionen Euro oder 6 Prozent auf 793 Millionen Euro reduziert. Dabei hat der Personalaufwand entgegen der ursprünglichen Erwartung um 8 Millionen Euro oder gut 2 Prozent auf 347 Millionen Euro abgenommen. Zum einen hatte im Vorjahr die Verlängerung der tariflichen Vorruhestandsregelung den Personalaufwand belastet. Zum anderen wirkten sich verschiedene freiwillige Personalinstrumente – wie beispielsweise die Möglichkeit zur Gehaltsumwandlung in zusätzlichen Urlaub – positiv auf die Aufwandsentwicklung aus, so dass insgesamt sogar die Tarifanhebungen überkompensiert wurden. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen reduzierten sich insbesondere infolge einer geringeren Risikovorsorge durch Rückstellungen um 12 Millionen Euro auf 140 Millionen Euro. Die anderen Verwaltungsaufwendungen und die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen sind um zusammen rund 29 Millionen Euro auf insgesamt 306 Millionen Euro gesunken. Die im Vorjahresvergleich günstigeren Werte sind zu einem großen Teil auf geringere Aufwendungen für den nationalen Sparkassenstützungsfonds zurückzuführen. Weiterhin zahlen sich verschiedene Einsparmaßnahmen sowie der bewusste Umgang mit Budgets aus. Im Planvergleich wirken sich insbesondere die nicht eingetretenen Aufwendungen für die Einlagensicherung nach europäischen Vorgaben günstig aus.

Die Ansätze der Hamburger Sparkasse AG im Bewertungsergebnis sind in Summe – wie im Vorjahr – als konservativ zu bezeichnen. So werden die Wertpapier-Eigenanlagen nach wie vor ausschließlich nach dem strengen Niederstwertprinzip unter Beachtung des Wertaufholungsgebots bewertet. Insgesamt ist das Bewertungsergebnis ungünstiger als im Vorjahr, aber insbesondere infolge der noch mal leicht ver-

besserten Vorsorge im Kreditgeschäft besser als erwartet. Das Bewertungsergebnis Wertpapiere fällt – im Vergleich zu dem deutlich positiven Vorjahreswert – ungünstiger aus, beträgt jedoch deutlich weniger als 0,5 Prozent der gesamten Eigenanlagen. Ein wesentlicher Teil des Bewertungsergebnisses ist auf eine Vorsorge für künftige mögliche Risiken oder Anforderungen in den Folgejahren zurückzuführen.

Nach einem leicht höheren Steueraufwand von 55 Millionen Euro verbleibt wie geplant ein Jahresergebnis von 75 Millionen Euro, das aufgrund des bestehenden Unternehmensvertrags an die HASPA Finanzholding abgeführt wird.

Sparkasse Mittelholstein AG mit positivem Jahresergebnis trotz Belastungen aus Stützungsfällen und Verbandsbeteiligungen

Bei der Sparkasse Mittelholstein AG in Rendsburg hat die HASPA Finanzholding im September des Geschäftsjahres im Rahmen einer Kapitalmaßnahme die Mehrheit der Anteile (65,99 Prozent nach 24,58 Prozent im Vorjahr) übernommen. Neben der Erfüllung der deutlich erhöhten Eigenmittelanforderungen („Basel III“) ab 2014, haben die HASPA Finanzholding und andere Aktionärsgruppen mit der Kapitalerhöhung dazu beigetragen, dass die Sparkasse Mittelholstein AG weiterhin der Garant für eine ausreichende Kreditversorgung in der Region ist.

Das Jahresergebnis der Sparkasse Mittelholstein AG liegt mit 2,3 Millionen Euro klar über dem Vorjahreswert von 1 Million Euro. Der deutliche Rückgang im Ergebnis vor Bewertung wird hierbei durch ein positives Bewertungsergebnis sowie geringere Steueraufwendungen überkompensiert. Mit einem Rückgang von rund 5,4 Millionen Euro lag der Zinsüberschuss erkennbar unter dem Vorjahresniveau und beläuft sich nun auf 33,8 Millionen Euro. Die anhaltende Niedrigzinssituation hat sich dabei merklich stärker auf das Aktiv- als auf das Passivgeschäft ausgewirkt. Der Anstieg im Provisionsergebnis um 0,8 Millionen Euro auf 9,2 Millionen Euro konnte den Rückgang des Zinsergebnisses nicht ausgleichen.

Die Verwaltungsaufwendungen sind um 1,4 Millionen Euro auf 33,6 Millionen Euro gestiegen. Hiervon entfallen 0,3 Millionen Euro tarifbedingt auf den Personalaufwand und 1,1 Millionen Euro, insbesondere aufgrund von verbandspolitischen Verpflichtungen, auf die anderen Verwaltungsaufwendungen. Insbesondere aufgrund von Nachschussverpflichtungen in den regionalen Stützungsfonds hat sich das sonstige betriebliche Ergebnis um 9 Millionen Euro auf minus 6,1 Millionen Euro verschlechtert.

Durch positive Entwicklungen bei wertberichtigten Forderungen erreichte das Bewertungsergebnis, trotz erneuter, aber im Vergleich niedrigerer Abschreibungen auf Verbundbeteiligungen, insgesamt einen positiven Wert in Höhe von 3,3 Millionen Euro und hat sich nach einem Bewertungsergebnis von minus 12 Millionen Euro im Vorjahr deutlich verbessert.

Für das Geschäftsjahr 2014 erwartet die Sparkasse Mittelholstein AG ein Ergebnis nach Bewertung etwas unterhalb des diesjährigen Niveaus.

NRS Norddeutsche Retail-Service GmbH: Nachfragerückgang erfordert strukturelle Anpassungen

Die NRS bildet mit ihren Tochterunternehmen Kredit-Service-Center GmbH und NRS Consulting GmbH die NRS-Gruppe, die an den Standorten Hamburg und Neumünster Dienstleistungen für Sparkassen in den Bereichen Marktfolgegeschäfte (Kreditservice und Marktservice für Einlagen und Dienstleistungen), Digitalisierung sowie Finanzen und Controlling erbringt. Darüber hinaus unterstützt die NRS die Sparkassen bei IT-Migrationen und bei Prozessoptimierungen und -industrialisierungen. Dienstleistungen, die nicht direkt durch die NRS-Gruppe angeboten werden, sind durch Vertriebskooperationen (zum Beispiel im Bereich Zahlungsverkehr) abgedeckt. Damit bietet die NRS einen optimierten bankfachlichen Komplett-Service aus einer Hand an. Aus Sicht der Leistungsabnehmer liegen die Vorteile insbesondere in der Chance, sich auf Vertriebsaktivitäten als Kerngeschäft zu konzentrieren.

Das Geschäftsjahr 2013 war erheblich durch die weitgehende Beendigung der Kundenbeziehung zur Sparkasse Bremen zum 30. Juni 2013 beeinflusst,

die zu einem Rückgang der Umsatzerlöse der NRS-Gruppe auf 74 Millionen Euro (Vorjahr 83,5 Millionen Euro) führte. Durch die Übergabe der Standorte und Mitarbeiter an die Sparkasse Bremen, frühzeitig eingeleitete Gegensteuerungsmaßnahmen sowie eine Ausgleichszahlung der Sparkasse Bremen konnte, anders als erwartet, ein Verlust vermieden werden. Im Ergebnis weist die NRS einen Jahresüberschuss in Höhe von 2,8 Millionen Euro aus (Vorjahr minus 0,4 Millionen Euro). Der Bilanzgewinn soll ohne eine Ausschüttung auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Zur Umsetzung und Begleitung steuerlicher Anforderungen wurde eine Rechtsformänderung vorgenommen. Seit dem 27. Dezember 2013 firmiert die NRS daher als NRS Norddeutsche Retail-Service GmbH.

Das Auslagerungsverhalten der Sparkassen hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Heute ist eine erhöhte Nachfrage nach einzelnen Produkten zu beobachten, deren Bearbeitung in den Sparkassen häufig nicht mehr darstellbar ist wie die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen oder die Unterstützung bei der Banksteuerung.

Durch den stagnierenden und sich verändernden Markt für Outsourcing besteht das Risiko, dass trotz der breiten Kundenbasis der NRS der Dienstleistungsabsatz weiter zurückgeht. Die NRS-Gruppe stellt sich darauf sowohl mit einem ausgeprägten Qualitäts- und Leistungsmanagement und einer spezifischen Neuproduktentwicklung als auch einer Fortsetzung der erfolgreich gestarteten strukturellen Anpassungen ein. Aufgrund der hiermit verbundenen Restrukturierungsaufwendungen wird für das Geschäftsjahr 2014 ein negatives Ergebnis erwartet.

LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG erzielt bestes Bruttoneugeschäft seit 10 Jahren

Günstige Finanzierungsbedingungen sowie die weiter zunehmende Bedeutung von Sachwerten haben das Bausparen auch in 2013 als ein attraktives Produkt bestätigt. Die LBS erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr 2013 mit einem Absatz von Bausparneuverträgen bezogen auf die Bausparsumme in Höhe von 1,9 Milliarden Euro das beste Bruttoneugeschäft seit 10 Jahren. Im Vergleich zum Vorjahr konnte das Bruttoneugeschäft um 8,7 Prozent gesteigert werden. Im Marktbereich Schleswig-Holstein ist der Marktanteil im Geschäftsjahr auf 30 Prozent angewachsen, während er im Marktbereich Hamburg trotz eines gegenüber dem Vorjahr angestiegenen Bausparumsatzes leicht auf 38,8 Prozent zurückgegangen ist. Der Marktanteil im gesamten Geschäftsgebiet liegt mit 33,1 Prozent nahezu auf Vorjahresniveau.

Der Vermittlungsanteil der Hamburger Sparkasse AG belief sich auf 39 Prozent, der Anteil der schleswig-holsteinischen Sparkassen auf 44 Prozent und der eigene Außendienst sowie sonstige Vermittlungen trugen mit einem Vertriebsanteil von 17 Prozent zum Absatzerfolg bei. Zum Jahresende betreute die LBS insgesamt 445.663 Verträge mit einer verwalteten Bausparsumme von 14,1 Milliarden Euro, die sich damit leicht um 2,4 Prozent erhöht hat.

Das Kreditneugeschäft insgesamt lag deutlich über dem Vorjahr. Zwar waren die Bewilligungen kollektiver Baudarlehen mit 79,2 Millionen Euro auf Vorjahresniveau, doch konnte bei den Bewilligungen im außerkollektiven Kreditgeschäft ein Anstieg um 55 Prozent auf 193,1 Millionen Euro verzeichnet werden.

In einem insgesamt intensiven Wettbewerbsumfeld im Bausparmarkt hat die LBS im abgelaufenen Geschäftsjahr 2013 in Summe ein zufriedenstellendes Jahresergebnis erzielt. Der Zinsüberschuss ging um 4,9 Millionen Euro auf 49,7 Millionen Euro zurück, da zinsniveaubedingt rückläufige Zinserträge nur teilweise durch niedrigere Zinsaufwendungen kompensiert werden konnten. Das Provisionsergebnis lag bei minus 4,4 Millionen Euro und fiel damit um 2,6 Millionen Euro ungünstiger aus als im Vorjahr. Der Verwaltungsaufwand betrug 31,6 Millionen Euro und lag 1,3 Millionen Euro unter dem Vorjahr. Der Rückgang ist vor allem auf die Veränderung der Rückstellungen für Altersversorgung zurückzuführen. Das sonstige betriebliche Ergebnis hat sich um 1,3 Millionen Euro auf minus 1 Million Euro ver-

bessert. Insgesamt ist das Betriebsergebnis gegenüber dem Vorjahr um 5,2 Millionen Euro auf 11,2 Millionen Euro zurückgegangen. Zur Stärkung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalbasis wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken erhöht. Nach Steuern wird ein Jahresüberschuss von 3,9 Millionen Euro ausgewiesen, der vollständig an die Gesellschafter ausgeschüttet werden soll.

Für die kommenden Jahre rechnet die LBS mit einem weiteren Neugeschäftszuwachs und einer Stärkung der Marktposition mit der strategischen Stoßrichtung „40 plus“. 2014 soll die Vertriebsleistung auf 2,1 Milliarden Euro Bruttobausparsumme gesteigert werden, für den Marktanteil wird ein moderater Anstieg erwartet. Das Jahresergebnis wird aufgrund der anhaltenden Belastungen aus der Niedrigzinsphase sowie Einflüssen aus neuen aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen zwar nennenswert unter der Größenordnung des abgelaufenen Geschäftsjahres liegen, aber trotzdem deutlich positiv bleiben und ausreichend Handlungsspielraum für den geplanten Wachstumskurs lassen.

neue leben Holding AG mit leicht sinkendem Bilanzgewinn

Der Bilanzgewinn der neue leben Holding AG, die als assoziiertes Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen wird, beträgt im Geschäftsjahr 2013 19,9 Millionen Euro und liegt damit auf Planniveau sowie nur leicht unter dem Vorjahr. Aufgrund des weiter anhaltenden niedrigen Zinsniveaus ist für die neue leben Lebensversicherung AG aufsichtsrechtlich erneut die Bildung einer Zinszusatzreserve zur Sicherung der Finanzierung der garantierten Rechnungszinsen erforderlich geworden, die das Ergebnis belastet hat.

Die Kunden der neue leben Lebensversicherung AG erhalten für 2014 eine mit 4,5 Prozent im Marktvergleich hohe Gesamtverzinsung, welche aufgrund des nachhaltig niedrigen Zinsumfelds gegenüber dem Vorjahr maßvoll um 0,25 Prozentpunkte abgesenkt wurde. Wesentliche Gründe für die gute Gesamtverzinsung liegen neben einer nachhaltigen Kapitalanlagepolitik insbesondere in der günstigen Kostenstruktur der Gesellschaft.

Die neue leben Unfallversicherung AG konnte im Geschäftsjahr 2013 ihr Neugeschäft insbesondere im Bereich der Arbeitslosigkeitsversicherung ausbauen und dort die Bruttobeiträge um über 20 Prozent gegenüber 2012 steigern.

Im Hinblick insbesondere auf die voraussichtlich weiter andauernde Niedrigzinsphase wird auch für 2014 ein leicht sinkender Bilanzgewinn der neue leben Holding AG geplant.

Zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Kapitalanforderungen hat die neue leben Pensionskasse AG auch im Geschäftsjahr 2013 Maßnahmen zur Stärkung ihrer Solvabilität durchgeführt. Bei einem anhaltend niedrigen Zinsumfeld sind perspektivisch gegebenenfalls weitere Maßnahmen erforderlich.

Grossmann & Berger GmbH gründet überregionales Netzwerk German Property Partners (GPP)

Grossmann & Berger ist das führende Maklerhaus in der Metropolregion Hamburg. Die Marke Grossmann & Berger genießt hier – nicht zuletzt durch die enge Vernetzung mit der Hamburger Sparkasse AG – hohes Vertrauen und verfügt über eine starke Marktpräsenz.

Im Jahr 2013 hat sich die positive Entwicklung am Hamburger Wohnimmobilienmarkt fortgesetzt. Eine ausgeprägte, vom niedrigen Zinsniveau beflügelte Nachfrage und ein sich verknappendes Objektangebot führten zu einem nochmaligen Anstieg der Preise. Die systematische Intensivierung und Erweiterung der Marktpräsenz – bereits im Vorjahr 2012 wurden zwei weitere Shops in Hamburg-Othmarschen und in Lüneburg eröffnet – ermöglicht es Grossmann & Berger, weiterhin von diesem Trend zu profitieren. Im Jahr 2013 wurde am bisher auf den Bereich Gewerbeimmobilien fokussierten Standort Berlin der Bereich Wohnen-Neubau aufgebaut; beide Bereiche haben sich erfreulich entwickelt.

Grossmann & Berger hat im Jahr 2013 durch die Gründung des überregionalen Netzwerks German Property Partners (GPP) die Basis für zukünftiges Wachstum geschaffen. Mit dem Bankhaus Ellwanger und Geiger als Gründungspartner sowie dem hin-

zugewonnenen Partner ANTEON Immobilien werden bereits fünf der bedeutendsten Immobilienstandorte in Deutschland abgedeckt.

Insgesamt erzielte Grossmann & Berger bei Umsatzerlösen in Höhe von 21,9 Millionen Euro in 2013 einen Jahresüberschuss von rund 2,2 Millionen Euro, der damit hinter dem Vorjahreswert und dem erwarteten Ergebnis zurückbleibt. Der Rückgang des Ergebnisses resultiert hauptsächlich aus noch nicht realisierten Neubau- und Investmentgeschäften. Die HASPA Finanzholding vereinnahmt den auf sie entfallenden Teil des Jahresüberschusses phasengleich.

Für 2014 plant Grossmann & Berger in den Bereichen Wohnen und Gewerbe weiteres Wachstum. Für das Netzwerk German Property Partners sollen neue Partner hinzugewonnen und das Gemeinschaftsgeschäft weiter ausgebaut werden. Unter der Prämisse einer unveränderten Marktentwicklung wird für 2014 ein deutlich höherer Jahresüberschuss erwartet.

NM Nord-IMMO Management GmbH & Co. KG investiert weiter in den Immobilienbestand
Die Nord-IMMO verwaltet – als wesentlicher Teil des Immobilien-Managements der HASPA-Gruppe – eigene und fremde Immobilienbestände. Das Geschäftsmodell des Unternehmens steht damit auf zwei stabilen Säulen. Im vergangenen Jahr hat die Gesellschaft wieder umfangreiche Erweiterungsmaßnahmen im eigenen Immobilienbestand getätigt und die Objekte somit renditeorientiert weiterentwickelt. Das Geschäftsjahr 2013 ist dabei mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 43 Tausend Euro aufgrund erhöhter Aufwendungen bei Baumaßnahmen unter den Erwartungen geblieben. Für das kommende Geschäftsjahr wird mit einem Ergebnis auf deutlich höherem Niveau gerechnet.

Gemeinsam mit den Schwestergesellschaften Wohnungsunternehmen Fiefstücken GmbH, HASPA HanseGrund GmbH und NM Nord-IMMO Erste Immobilien GmbH profitiert die Nord-IMMO von der Einbindung der Immobilien-Management-Aktivitäten in die HASPA-Gruppe. In Zusammenarbeit mit der HASPA Finanzholding werden auf diese Weise Erlössynergien innerhalb der Gruppe und Kostensynergien innerhalb der Einzelgesellschaften des HASPA Immobilien-Managements realisiert. Gleichzeitig stärkt die Einbindung und Bündelung des Immobilien-Managements die am Markt wahrgenommene Immobilienkompetenz der HASPA-Gruppe.

NM Nord-IMMO Erste Immobilien GmbH nimmt Ende 2013 den Betrieb auf
Die Nord-IMMO Erste hat im November 2013 den Betrieb aufgenommen. Bis zum Jahresende wurden noch keine Investitionen getätigt und keine Erlöse erwirtschaftet. Demzufolge hat das Unternehmen das Jahr mit einem ausgeglichenen Ergebnis abgeschlossen. Für das kommende Geschäftsjahr erwartet die Geschäftsführung wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis.

Nachtragsbericht
Nach Ablauf des Jahres 2013 sind über die bereits dargestellten Entwicklungen hinaus keine weiteren Ereignisse eingetreten, die für die HASPA-Gruppe von wesentlicher Bedeutung sind und zu einer veränderten Beurteilung der Unternehmensgruppe führen könnten.

Risikobericht

Risikomanagementziele und Organisation
Das verantwortungsbewusste Eingehen von mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken ist integraler Bestandteil der Marktaktivitäten der HASPA-Gruppe. Das Risikomanagement in der HASPA-Gruppe zeichnet sich durch ein System zentraler und dezentraler Bestandteile aus. Das zentrale Risikomanagement wird zum einen durch das konzernweite, differenzierte Beteiligungsmanagement der HASPA Finanzholding realisiert. In einer betriebswirtschaftlichen Orientierung steht hierbei insbesondere das frühzeitige Erkennen von Chancen und Risiken im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung einzelner Beteiligungsunternehmen im Vordergrund.

Zum anderen wird das konzernweite Beteiligungsmanagement um das Risikomanagement im aufsichtsrechtlichen Sinne ergänzt, das sich insbeson-

dere an den Anforderungen der MaRisk orientiert. Dazu gehört eine auf der Geschäftsstrategie aufbauende Risikostrategie für die HASPA-Gruppe, die im Kern ein hanseatisch konservatives Risikoverständnis dokumentiert. Im Vordergrund steht hierbei die Sicherung des langfristigen Erhalts der Sparkassenidee durch die HASPA Finanzholding. Strategisches Ziel der Risikosteuerung ist es, die Risikotragfähigkeit der betriebenen Geschäfte langfristig abzusichern, die gruppenbezogenen aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen zu erfüllen und die jederzeitige Zahlungsfähigkeit sicherzustellen.

Verantwortlich für das gruppenweite Risikomanagement ist der Vorstand der HASPA Finanzholding. Dieser hat die organisatorischen Rahmenbedingungen für das Risikomanagement festgelegt. Die aufsichtsrechtliche Gruppenrisikomanagementfunktion wird im Unternehmensbereich Finanzen wahrgenommen, wobei die NRS als der HASPA-Gruppe angehöriges Dienstleistungsunternehmen operativ unterstützend tätig wird. Der im Unternehmensbereich Finanzen erstellte Bericht zur Ertrags- und Risikolage wird quartalsweise dem Vorstand vorgelegt und dient gleichzeitig als Basis für die Information der Aufsichtsgremien.

Neben dem zentralen Risikomanagement bestehen in den einzelnen Gruppenunternehmen dezentral Risikomanagementsysteme, deren Ergebnisse der HASPA Finanzholding vorliegen. Die konkrete Ausgestaltung des Risikomanagements in den Gruppenunternehmen richtet sich nach Art, Umfang und Komplexität ihrer jeweiligen Geschäftstätigkeit sowie etwaigen spezialgesetzlichen Anforderungen. Die Risikosteuerung in Form einer aktiven Risikonahme bzw. -reduktion erfolgt dezentral in den Unternehmen der HASPA-Gruppe – einschließlich der HASPA Finanzholding selbst – unter Beachtung der gruppenweiten Risikostrategie sowie des Limitsystems. Dementsprechend wird die Verantwortung für die Risikoartensteuerung dezentral im Rahmen der vorgegebenen Unternehmenslimite wahrgenommen.

Gleichzeitig erfolgt auch auf Ebene der Gruppenunternehmen eine Identifizierung und Nutzung von Chancen hinsichtlich der Entwicklung der geschäftlichen Aktivitäten. Bei den Instituten der HASPA-Gruppe werden Entwicklungschancen regelmäßig auch im Rahmen der Strategieprozesse analysiert. Die Fortentwicklung der bankspezifischen Produkte sowie die Umsetzung von Vertriebsmaßnahmen zur Erhöhung der Marktdurchdringung werden von den Instituten auf dezentraler Basis verantwortet. Zudem werden Chancen im Hinblick auf eine Ertragsoptimierung bei der Allokation der Kapitalanlagen berücksichtigt. Auch bei den weiteren Gesellschaften der HASPA-Gruppe obliegt die Identifizierung und Umsetzung geschäftlicher Chancen zunächst den Beteiligungsunternehmen auf dezentraler Ebene, wobei stets der auf Gruppenebene bestehende strategische Rahmen zu berücksichtigen ist. Begleitet und ergänzt wird dieses Chancenmanagement durch das konzernweite Beteiligungsmanagement der HASPA Finanzholding.

Konzernweites Beteiligungsmanagement
In der HASPA Finanzholding erfolgt eine Betrachtung von Chancen und Risiken mithilfe des konzernweiten Beteiligungsmanagements auf der Grundlage vereinheitlichter Planungs- und Berichtsprozesse.

Auf der Basis der Geschäftsstrategie der HASPA Finanzholding wird regelmäßig eine Analyse des Beteiligungsportfolios vorgenommen, die in die Festlegung der Beteiligungsstrategie zur Begleitung und Ausrichtung der Beteiligungsunternehmen mündet. Das operative Beteiligungsmanagement erfolgt durch differenzierte Beteiligungsmanagement-Funktionen. Bedarfsweise werden zentrale Stoßrichtungen für die Entwicklung der jeweiligen Unternehmen sowie mit dem Management der Beteiligungsunternehmen zu diskutierende Maßnahmenpläne abgeleitet. Die Umsetzungsbegleitung bzw. -verfolgung der definierten Stoßrichtungen und Maßnahmen wird durch die Vorbereitung von Mandatsträgern in Aufsichtsgremien und den direkten Austausch mit den Führungskräften der Beteiligungsunternehmen bis hin zu umfangreicher, gemeinsamer Projektarbeit sichergestellt.

Die Steuerung zentraler Beteiligungsunternehmen der HASPA-Gruppe erfolgt demgegenüber durch partielle Personenidentität vom Vorstand bzw. von Mitarbeitern der HASPA Finanzholding und Geschäftsleitungen der Beteiligungen.

Der regelmäßige Berichtsprozess im Rahmen des Beteiligungsmanagements der HASPA Finanzholding besteht im Wesentlichen aus zwei Komponenten. Zunächst werden in einem jährlichen Prozess durch das Management des jeweiligen Beteiligungsunternehmens – in Abstimmung mit dem Aufsichtsorgan und bedarfsgerecht mit dem Beteiligungsmanagement – unter Berücksichtigung der strategischen Unternehmensziele operationalisierende Budget- und Mittelfristplanungen abgeleitet. Auf dieser Basis werden in einer quartalsweisen Betrachtung die laufenden Berichtszahlen den Plan- bzw. letzten Vorschau-Zahlen gegenübergestellt und gegebenenfalls Steuerungsmaßnahmen im Rahmen des oben skizzierten Diskussionsprozesses zwischen dem Beteiligungsmanagement der HASPA Finanzholding, dem Management der Beteiligungsunternehmen, den Mandatsträgern und dem Vorstand der HASPA Finanzholding entwickelt.

Die quartalsweisen Betrachtungen münden in die Erfolgsvorschau der HASPA Finanzholding, die das Geschäftsjahresergebnis und darüber hinaus gegen Jahresende die Ergebnisse der folgenden drei Geschäftsjahre prognostiziert. Sowohl die quartalsweisen Erfolgsvorschauen wie auch die (Mittelfrist-) Planungen gibt der Vorstand regelmäßig dem Verwaltungsrat zur Kenntnis.

Ergänzend zu der regelmäßigen Berichterstattung unterliegen wesentliche Erkenntnisse aus den Risikomanagementsystemen der Unternehmen einer Adhoc-Berichterstattung.

Im Rahmen des Berichtsprozesses sollen möglichst frühzeitige und systematische Erkenntnisse zur Ergebnislage und zu etwaigen Fehlentwicklungen generiert werden, die die Basis für die Erörterung zwischen der HASPA Finanzholding und den Beteiligungsunternehmen bilden können.

Risikomessung und -steuerung nach MaRisk – Risikotragfähigkeitskonzept

Die in das laufende Risikomanagement im Sinne der MaRisk einzubeziehenden Unternehmen der HASPA-Gruppe (Risikomanagementgruppe) werden regelmäßig mithilfe quantitativer und qualitativer Kriterien bestimmt. In diesem Rahmen werden die auf Basis der strategischen Ausrichtung der HASPA-Gruppe eingegangenen und über eine jährliche bzw. anlassbezogene Risikoinventur identifizierten wesentlichen Risiken berücksichtigt und regelmäßig überwacht.

Die wesentlichen Risiken und die Deckungsmasse werden in einer monatlichen Risikotragfähigkeitsrechnung einander gegenübergestellt. Dadurch wird sichergestellt, dass alle wesentlichen Risiken durch das zur Deckung potenzieller Verluste verfügbare Kapital laufend abgedeckt sind. Die Risikodeckungsmasse der HASPA-Gruppe besteht im Wesentlichen aus der Sicherheitsrücklage der HASPA Finanzholding, den Reserven für allgemeine Bankrisiken, den Gewinnrücklagen sowie dem Barwert des Zinsbuchs und den stillen Reserven der Wertpapiere der Hamburger Sparkasse AG. Mit Einbeziehung der Sparkasse Mittelholstein AG in die Risikomanagementgruppe werden die dortigen anteiligen Kapitalbestandteile ebenfalls in der Deckungsmasse berücksichtigt.

Soweit möglich erfolgt die Risikomessung barwertig mit geeigneten Value-at-Risk-Modellen auf einem einheitlichen Konfidenzniveau von 99 Prozent. Für die jeweils unterstellten Haltedauern der Risikopositionen sind die zugehörigen Steuerungsprozesse ausschlaggebend. Im Grundsatz gilt, dass die Risikotragfähigkeitsrechnung für einen Risikohorizont von einem Jahr erstellt wird und daher für die einzelnen Risikoarten eine entsprechende Haltedauer gewählt wird. Für Risikoarten, bei denen aufgrund der implementierten Prozesse auch sehr kurzfristig Steuerungsentscheidungen zur Risikoanpassung getroffen werden können, werden die Haltedauern kürzer gewählt, um eine Überzeichnung des Risikos zu vermeiden. Derzeit werden kürzere Haltedauern ausschließlich für die Quantifizierung der Marktpreis- und Zinsrisiken bei der Hamburger Sparkasse AG angesetzt. Um eine Kumu-

lation der eingetretenen Risiken auf Jahressicht zu begrenzen, werden für diese Risikoarten entsprechende Verlustlimite eingerichtet. Bei der Aggregation der Risiken der HASPA-Gruppe werden keine risikoreduzierenden Wechselwirkungen zwischen den Risikoarten unterstellt bzw. wird über eine Korrelationsannahme von eins ein konservativer Ansatz gewählt.

Der Vorstand der HASPA Finanzholding legt mindestens einmal jährlich oder anlassbezogen unter Berücksichtigung des Gesamtrisikoprofils und der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse ein Gesamtrisikolimit für die Gruppe fest. Hierbei gilt die grundsätzliche Bedingung, dass nur rund 1/3 der Risikodeckungsmasse im Rahmen der Limitfestsetzung disponiert wird, womit dem Prinzip der 3-fachen Überlebenswahrscheinlichkeit Rechnung getragen wird. Gleichzeitig wird bei der Limitfestsetzung überprüft, ob die verbleibende Risikodeckungsmasse zur Unterlegung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen ausreicht (regulatorische Nebenbedingung). Hierdurch wird verhindert, dass aufsichtsrechtlich gebundene Eigenkapitalbestandteile auch zur Abdeckung der Risikopotenziale im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung herangezogen werden. Die HASPA-Gruppe verfolgt damit einen Going-Concern-Ansatz.

Auf Basis des festgelegten Gesamtrisikolimits der Gruppe und der Erfordernisse des jeweiligen Geschäftsbetriebs werden Risikolimite für die einzelnen Unternehmen der Risikomanagementgruppe abgeleitet. Die Auslastung von Verlustlimiten wird auf das unternehmensbezogene Limit und somit auch auf das festgelegte Gesamtrisikolimit angerechnet. Zur Überwachung der Limite wird ein Ampelsystem eingesetzt, das beim Überschreiten von bestimmten Schwellenwerten eine Ad-hoc-Berichterstattung an den Vorstand sowie grundsätzlich eine Befassung mit möglichen Steuerungsmaßnahmen auslöst.

Zur dauerhaften Sicherstellung der Risikotragfähigkeit der HASPA-Gruppe wird über die Einhaltung des Gesamtrisikolimits hinaus freie Risikodeckungsmasse in angemessener Höhe vorgehalten.

Die auf monatlicher Basis vorgenommene Risikotragfähigkeitsrechnung zeigte per 31. Dezember 2013 eine Limitauslastung von 58,2 Prozent (Vorjahr 56,7 Prozent). Die Verteilung der Limitauslastung auf die Risikoarten stellte sich dabei wie folgt dar:

	31.12.2013	31.12.2012
Adressenausfallrisiko	26,9 %	25,1 %
Beteiligungsrisiko	6,8 %	8,6 %
Marktpreisrisiko	24,4 %	28,6 %
Zinsrisiko	17,9 %	10,2 %
Operationelles Risiko	24,0 %	27,5 %

Über die gruppenweite Risikotragfähigkeitsrechnung hinaus bestehen für bestimmte Unternehmen der Risikomanagementgruppe Kernrisikoindikatoren und Risikotoleranzen sowie weitere Risikoindikatoren und Benchmarks, die sich insbesondere auf die aufsichtsrechtliche Eigenkapital- und Liquiditätskennziffer, den Status im Rahmen des Risikomonitorings der Sparkassen-Finanzgruppe, intern festgelegte Kennziffern zum Adressenausfall- und operationellen Risiko sowie zum Geschäftsrisiko beziehen. Die Überwachung der Kernrisikoindikatoren und der weiteren Risikoindikatoren erfolgt in einem quartalsweisen Turnus. Bei einer Überschreitung der Risikotoleranzen erfolgt eine Information des Vorstands, der über die Einleitung von möglichen Steuerungsmaßnahmen entscheidet. Die festgelegten Risikotoleranzen wurden im Jahr 2013 grundsätzlich eingehalten. Einzelne unterjährige Überschreitungen von Risikotoleranzen reflektieren lediglich bekannte Entwicklungen, so dass bei bestehenden, strukturierten Prozessen kein gesonderter Steuerungsbedarf entstand.

Adressenausfallrisiko

Das Adressenausfallrisiko als für Retail-Bankkonzerne traditionell zentrale Risikoart ist auch in der HASPA-Gruppe von wesentlicher Bedeutung. Das Adressenausfallrisiko bezeichnet die Risiken aus Bonitätsveränderungen bis hin zur Insolvenz von Geschäftspartnern. Es beinhaltet sowohl Risiken aus dem klassischen Kreditgeschäft (Kreditrisiko) als auch aus dem Handelsgeschäft (Kontrahenten- und Emittentenrisiken). Dabei setzt sich der mögliche Verlust aus zwei Komponenten zusammen:

dem erwarteten und dem unerwarteten Verlust aus mit Adressenausfallrisiken behafteten Positionen. Der erwartete Verlust ergibt sich aus der Bonitätsstruktur des risikobehafteten Portfolios und wird über Ratings und Ausfallwahrscheinlichkeiten berechnet. Er spiegelt die im langfristigen Mittel jährlich zu erwartenden Abschreibungen und Wertberichtigungen wider. Dieser Verlusterwartung wird im Rahmen der Risikovorsorge Rechnung getragen, so dass sich für das barwertige Gesamtrisiko der HASPA-Gruppe keine weitere Berücksichtigung ergibt. Der unerwartete Verlust stellt das Adressenausfallrisiko im engeren Sinne dar und wird als Credit-Value-at-Risk im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung der HASPA-Gruppe quantifiziert.

Der Credit-Value-at-Risk ist das Ergebnis aus der Simulation im Kreditportfoliomodell zum 99-Prozent-Konfidenzniveau. Die Simulation erfolgt mithilfe der Anwendung Credit Portfolio View der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH. Die Simulationen beziehen sich jeweils auf die Gesamtportfolios der relevanten Unternehmen der Risikomanagementgruppe mit einem Risikohorizont von einem Jahr. Zum Stichtag 31. Dezember 2013 betrug das Risikopotenzial in Summe 197,1 Millionen Euro (Vorjahr 157,9 Millionen Euro). Der Risikoanstieg gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf die Aufnahme der Sparkasse Mittelholstein AG in die Risikomanagementgruppe, ein stetig gewachsenes Kreditportfolio und Umschichtungen bei Eigenanlagen der Hamburger Sparkasse AG zurückzuführen.

Der wesentliche Teil des Adressenausfallrisikos entfällt auf die Hamburger Sparkasse AG. Das Adressenausfallrisiko ist hier insbesondere gekennzeichnet durch das Kreditgeschäft mit privaten Kunden, Firmen-, Unternehmens- und Immobilienkunden. Das Kundenkreditportfolio ist breit gestreut und in großen Teilen grundpfandrechtlich besichert. Der Schwerpunkt des Kundenkreditgeschäfts der Sparkasse Mittelholstein AG liegt ebenfalls im Geschäft mit Privatkunden sowie mittelständischen Firmenkunden und Selbständigen. Die LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG bewegt sich durch die strategische Ausrichtung auf die Finanzierung des überwiegend selbst genutzten Wohneigentums primär im Segment des risikoarmen und standardisierten Privatkundengeschäfts.

Die Kreditrisikonahme im Kundengeschäft erfolgt innerhalb des Geschäftsgebiets der HASPA-Gruppe mit Schwerpunkt auf der Metropolregion Hamburg und Schleswig-Holstein. Die hieraus entstehende regionale Risikokonzentration wird bewusst eingegangen und steht im Einklang mit der Geschäfts- und Risikostrategie der HASPA-Gruppe sowie den Satzungen der Unternehmen der Risikomanagementgruppe. Nicht zuletzt aufgrund des hohen Bestands an grundpfandrechtlich besicherten Krediten bei den Instituten der Risikomanagementgruppe besteht zudem eine Risikokonzentration bei immobilienbezogenen Geschäften. Auch hier profitiert die HASPA-Gruppe von Informationsvorteilen aufgrund der lokalen Marktkenntnis und geht die Risikokonzentration bewusst ein.

Zur Bonitätsbeurteilung der einzelnen Kreditengagements werden in der HASPA-Gruppe die gemeinsam in der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Ratingverfahren genutzt. Die Bildung von Risikovorsorge erfolgt in den Instituten der Risikomanagementgruppe nach jeweils festgelegten Kriterien. Insgesamt sind die Kreditrisiken über eine angemessene Risikovorsorge abgedeckt.

Den Emittenten- und Kontrahentenausfallrisiken in den Wertpapieranlagen und im Interbanken-Handel der Hamburger Sparkasse AG wird durch eine grundsätzliche Beschränkung auf Handelspartner erstklassiger Bonität sowie durch ein breit diversifiziertes Portfolio und ein dezidiertes Limitsystem begegnet. Durch den hohen Bestand der Besicherung im Handelsgeschäft wird das Ausfallrisiko zusätzlich begrenzt. Die Sparkasse Mittelholstein AG hat ihre Emittenten- und Kontrahentenlimite für verzinsliche Wertpapiere und Termingelder auf der Basis von Marktwerten und Nominalvolumen festgelegt. Neben den Limiten für die Einzelemittenten findet ein ratingbasiertes Struktur- und Volumenlimitsystem Berücksichtigung. Bei der LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG werden die Emittenten- und Kontrahentenausfallrisiken neben einem Limitsystem zudem durch die Anlagevor-

schriften im Bausparkassengesetz deutlich eingeschränkt. Die HASPA Finanzholding legt ihre freie Liquidität – außer in Termingeldern bei der Hamburger Sparkasse AG – im Wesentlichen in bonitätsmäßig einwandfreien Schuldverschreibungen deutscher Banken bzw. öffentlicher Emittenten an.

Zur Steuerung des Länderrisikos hat die Hamburger Sparkasse AG geeignete Maßnahmen ergriffen. Grundsätzlich liegen die Bruttoforderungen der Hamburger Sparkasse AG aufgrund der regionalen Ausrichtung als Retailbank in Deutschland. Daneben wurde zu Beginn des Jahres 2013 vor dem Hintergrund der am 6. September 2012 durch den EZB-Rat beschlossenen „Outright Monetary Transactions“ in einem überschaubaren Rahmen in kurzlaufende italienische, portugiesische und spanische Staatsanleihen investiert. Der Anteil der in den Eigenanlagen der LBS Schleswig-Holstein-Hamburg AG enthaltenen besicherten Bankanleihen spanischer Emittenten sowie der spanischen und italienischen Staatsanleihen hat sich im Vergleich zum Vorjahr weiter reduziert.

Beteiligungsrisiko

Aufgrund von Rolle und Funktion der HASPA Finanzholding sowie der damit verbundenen besonderen Bedeutung des Beteiligungsrisikos für das Risikomanagement der HASPA-Gruppe wird diese Risikoart als wesentliches Risiko im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung separat betrachtet.

Unter dem Beteiligungsrisiko wird das Risiko eines bilanziellen Verlustes aufgrund negativer Wertentwicklung im Beteiligungsportfolio der HASPA-Gruppe verstanden. Der Begriff Beteiligungen umfasst dabei alle offenen und stillen Beteiligungen an verbundenen und assoziierten Unternehmen sowie die sonstigen offenen und stillen Beteiligungen der HASPA-Gruppe. Darüber hinaus werden Ausleihungen der HASPA Finanzholding, die eher Beteiligungscharakter aufweisen bzw. in engem Zusammenhang mit Beteiligungen stehen, dem Beteiligungsrisiko zugeordnet.

Die Quantifizierung des Beteiligungsrisikos erfolgt grundsätzlich in Anlehnung an die aufsichtsrechtlichen Vorgaben aus der Solvabilitätsverordnung durch die Anwendung eines Risikofaktors auf die Beteiligungsbuchwerte. Bei bestimmten Beteiligungen wird bei der Risikoquantifizierung ein kapitalmarktbasierter Risikoindikator genutzt. Das Risikopotenzial betrug zum 31. Dezember 2013 49,7 Millionen Euro (Vorjahr 54,3 Millionen Euro). Der Risikorückgang ist im Wesentlichen auf die Betrachtung der Sparkasse Mittelholstein AG im Rahmen der Risikomanagementgruppe zurückzuführen, mit der eine Durchschau auf einzelne Risikopositionen statt des Ausweises eines Beteiligungsrisikos einhergeht.

Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko umfasst die Gefahr von Verlusten durch die Veränderung von Marktpreisen wie beispielsweise Zinssätzen, Spreads, Aktien- sowie Devisenkursen und schließt auch die Veränderungen von Immobilienpreisen mit ein. Die Marktpreisrisiken in der HASPA-Gruppe resultieren im Wesentlichen aus den über Spezialfonds gehaltenen Kapitalanlagen.

Das Marktpreisrisiko der Spezialfonds der Gruppenunternehmen wird grundsätzlich über ein Portfoliomodell ermittelt. Hierbei erfolgt eine Aggregation der Risiken der einzelnen Vermögensklassen zu einem Portfoliorisiko unter Berücksichtigung von Korrelationen. Basis der Risikoermittlung sind historische Zeitreihen von Referenzindizes, die den einzelnen Vermögensklassen zugeordnet werden. Mit Ausnahme gesondert betrachteter Zinsrisiken bei Anleihen der Hamburger Sparkasse AG und LBS Schleswig-Holstein-Hamburg AG werden sämtliche relevante Ausprägungen des Marktpreisrisikos berücksichtigt. In Abhängigkeit von der konkreten Allokation der Spezialfonds beinhaltet das quantifizierte Risiko daher insbesondere neben den Spreadrisiken aus Anleihen auch Aktienrisiken, Immobilienrisiken sowie ggf. Risiken aus rohstoffabhängigen Geschäften und Währungsrisiken. Insbesondere Rohstoff- und Währungsrisiken werden in der HASPA-Gruppe jedoch nur in geringem Maße eingegangen. So sind die Investitionen in den Spezialfonds weiterhin weitgehend wechselkursgesichert und auch der weitestgehend kundeninduzierte Devisenhandel ist grundsätzlich durch geschlossene Währungspositionen geprägt.

Für die Ermittlung des Portfoliorisikos wird ein Konfidenzniveau von 99 Prozent und in Abhängigkeit von den Steuerungsprozessen in den Gruppenunternehmen sowie der Liquidität der Assetklassen eine Haltedauer von einem Monat bis zu einem Jahr zugrunde gelegt. Das quantifizierte Risikopotenzial lag zum 31. Dezember 2013 bei insgesamt 178,8 Millionen Euro (Vorjahr 180,3 Millionen Euro). Insgesamt wurden im Jahresverlauf Risikoanstiege infolge von Portfolioumschichtungen bei der HASPA Finanzholding sowie der Berücksichtigung von Marktpreisrisikopositionen der Sparkasse Mittelholstein AG durch Risikoverringerungen bei der Hamburger Sparkasse AG insbesondere durch veränderte Risikoparameter auf Basis rollierender historischer Daten sowie bei der LBS Schleswig-Holstein-Hamburg AG weitgehend kompensiert.

Zinsrisiko

Unter dem Zinsrisiko als Ausprägung des Marktpreisrisikos versteht man das potenzielle Verlustrisiko, welches durch eine Änderung der am Markt geltenden Zinsstrukturkurve entstehen kann. Es resultiert aus dem Umfang der eingegangenen Fristentransformation im Aktiv- und Passivgeschäft.

Auch zur Ermittlung des Zinsrisikos wird die Value-at-Risk-Methode in Form einer historischen Simulation eingesetzt. Das Risiko wird auf einem Konfidenzniveau von 99 Prozent berechnet. Die unterstellte Haltedauer richtet sich dabei nach den in den jeweiligen Gruppenunternehmen implementierten Steuerungsprozessen und liegt zwischen einem Monat und einem Jahr. Für die Risikoquantifizierung werden sämtliche zinstragenden Aktiv- und Passivgeschäfte bzw. Bilanzpositionen in Cash Flows (Tilgungs- und Zins-Cash Flows) grundsätzlich gemäß ihrer tatsächlichen Zinsbindung aufgeteilt. Bei variablen Positionen mit unbestimmter Zins- oder Kapitalbindung werden die Cash Flows mittels Ablauffiktionen ermittelt.

Das potenzielle Risiko betrug zum Jahresende insgesamt 131,1 Millionen Euro (Vorjahr 64,3 Millionen Euro). Der Anstieg ist neben der Aufnahme der Sparkasse Mittelholstein AG in die Risikomanagementgruppe insbesondere auf die Hamburger Sparkasse AG zurückzuführen. Vor dem Hintergrund des niedrigen Zinsniveaus und Unsicherheiten bezüglich der Zinsentwicklung wurde in 2013 bei der Hamburger Sparkasse AG das Ausmaß der Fristentransformation weiter grundsätzlich auf niedrigem Niveau gesteuert. Um nachhaltig positive Beiträge aus der Fristentransformation sicherzustellen, wurde gleichzeitig eine strategische Grundposition in überjährigen Laufzeiten planmäßig ausgeweitet, was sich auch im Anstieg des potenziellen Risikos widerspiegelt.

Operationelles Risiko

Unter operationellen Risiken wird die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten, verstanden. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein.

Die Quantifizierung des operationellen Risikos in der Risikotragfähigkeitsrechnung erfolgt anhand eines Indikators, der sich an den Bruttoerträgen der einzelnen Gruppenunternehmen orientiert (Basisindikatoransatz). Der entsprechend ermittelte Risikowert beträgt zum 31. Dezember 2013 176 Millionen Euro (Vorjahr 173,5 Millionen Euro).

Darüber hinaus werden Schadensfälle, die aus operationellen Risiken resultieren, in der HASPA-Gruppe zentral in einer Schadensfalldatenbank erfasst und regelmäßig ausgewertet. Ergänzt wird die Erfassung operationeller Risiken zudem um die jährliche Selbsteinschätzung der Gruppenunternehmen zu verschiedenen Kategorien des operationellen Risikos.

Zur Vermeidung bzw. Verringerung von operationellen Risiken besteht auf Ebene der einzelnen Unternehmen der HASPA-Gruppe eine Vielzahl von Maßnahmen. Durch die jeweils implementierten internen Kontrollsysteme soll ein fehlerfreier und reibungsloser Geschäftsablauf sichergestellt werden. Die betrieblichen Abläufe sind in Dienstanweisungen geregelt und werden durch die Interne Revision des jeweiligen Gruppenunternehmens überwacht. Insbesondere in den Instituten liegen

zudem differenzierte Notfallpläne für den IT-Bereich vor. Berechtigungssysteme sowie Kontroll- und Überwachungsprozesse gewährleisten den Schutz vertraulicher Informationen vor unberechtigten Zugriffen.

Liquiditätsrisiko
Liquiditätsrisiken entstehen, wenn Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht oder nicht in ausreichender Höhe erfüllt werden können oder wenn die Liquidität nur zu erhöhten Marktpreisen beschafft werden kann, wodurch sich der Zinsaufwand erhöht. Das Marktliquiditätsrisiko bezeichnet Engpässe an den Geld- und Kapitalmärkten, in deren Folge es nicht oder nur eingeschränkt möglich ist, zur Deckung eines Liquiditätsbedarfs Vermögenswerte zu veräußern bzw. dies nur mit Abschlägen vom Marktwert möglich ist.

In der HASPA-Gruppe ist das Liquiditätsmanagement dezentral organisiert. Während die HASPA Finanzholding aufgrund des hohen Bestands an liquiden Aktiva und vollständiger Eigenkapital-Refinanzierung keinem nennenswerten Liquiditätsrisiko unterliegt, spielt die Liquiditätssteuerung bei der Hamburger Sparkasse AG, der LBS Schleswig-Holstein-Hamburg AG sowie der Sparkasse Mittelholstein AG aufgrund ihrer Geschäftstätigkeit und -struktur eine wesentliche Rolle.

Die Beurteilung der Liquiditätslage auf Gruppenebene basiert daher im Wesentlichen auf den Liquiditätsanalysen der Institute, die der HASPA Finanzholding regelmäßig übermittelt und im Risikobericht dargestellt werden. Zusätzlich wird im Rahmen der Kernrisikoindikatoren die Risikotoleranz hinsichtlich der aufsichtsrechtlichen Kennziffern der Institute überwacht.

Die Liquiditätslage der HASPA-Gruppe ist vor dem Hintergrund der bestehenden Refinanzierungs- und Anlagestruktur sowie vielfältiger Fundingmöglichkeiten komfortabel. Neben dem hohen Bestand an Passivmitteln aus dem Kundengeschäft der Institute steht der Hamburger Sparkasse AG durch die Schaffung eines komfortablen Deckungsstocks auch der Pfandbriefmarkt als nachhaltige Liquiditätsquelle zur Verfügung. Die Liquiditätsanalysen der Institute lassen keine wesentlichen Risiken erkennen. Die Kennziffern der Institute nach der Liquiditätsverordnung und die definierten Schwellenwerte wurden in 2013 jederzeit eingehalten. Auch die durch „Basel III" neu zu implementierenden Liquiditätskennzahlen Liquidity Coverage Ratio (LCR) sowie die Net Stable Funding Ratio (NSFR) werden von der Hamburger Sparkasse AG bereits unter den aktuell gültigen Vorschriften berechnet. Die geforderten Werte wurden in den Probeberechnungen bei beiden Kennzahlen erfüllt und signalisieren für die Hamburger Sparkasse AG eine gute Liquiditätsausstattung.

Stresstests
Stresstests sind Methoden, mit denen die Verlustanfälligkeit bezüglich außergewöhnlicher, aber plausibel möglicher Ereignisse überprüft wird.

Risikoartenübergreifende Szenariobetrachtungen werden regelmäßig in barwertiger Form vorgenommen. Dabei ist das Szenario eines schweren konjunkturellen Abschwungs als hypothetisches Szenario ausgestaltet, während im Rahmen des historischen Szenarios Finanzmarktkrise der in den Jahren 2007 bis 2009 beobachtete Einbruch der Wirtschaftsleistung und der Kapitalmärkte auf Basis des aktuellen Gruppenportfolios simuliert wird.

Bei den regelmäßigen Sensitivitätsanalysen werden die für die einzelnen Risikoarten wesentlichen Risikofaktoren in verschiedenen Stufen variiert. Für das Adressenausfallrisiko werden neben konjunkturell bedingt höheren Ausfallraten Ratingshifts für das Gesamtportfolio der HASPA-Gruppe simuliert. Beim Zinsrisiko werden eine parallele Verschiebung sowie weitere hypothetische Veränderungen der Zinsstrukturkurve vorgenommen. Im Bereich des Marktpreisrisikos werden sowohl hypothetische als auch historische Wertänderungen für einzelne Assetklassen simuliert, wobei die Aggregation ohne Berücksichtigung von risikomindernden Diversifikationseffekten erfolgt. Für das Beteiligungsrisiko werden erhöhte Abschreibungen aufgrund rückläufiger Ertragswerte unterstellt.

Zudem werden regelmäßig inverse Stresstests auf Basis der Sensitivitätsanalysen vorgenommen. Hierbei wird untersucht, ab welchen Ausprägungen bestimmter Risikoparameter die Fortführung der Geschäftstätigkeit der Gruppe nicht mehr gewährleistet wäre. Schließlich wird für alle barwertig gemessenen Risiken das Konfidenzniveau von 99 Prozent auf 99,95 Prozent erhöht.

Die Ergebnisse der Stresstests werden regelmäßig dem tragbaren Gesamtrisikopotenzial gegenübergestellt. Die Limitauslastung bei einer Erhöhung des Konfidenzniveaus von 99 auf 99,95 Prozent lag zum 31. Dezember 2013 bei 73,5 Prozent. Auch die übrigen vorgenommenen Stresstests führten zu dem Ergebnis, dass die Risikotragfähigkeit im Stressfall gegeben wäre.

Risikobewertung
Bestandsgefährdende Risiken oder Risiken, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HASPA-Gruppe haben können, sind für das laufende Jahr nicht erkennbar.

Risikomanagement im Rechnungslegungsprozess
Die Verantwortlichkeit für den Konzernrechnungslegungsprozess ist im Unternehmensbereich Finanzen der HASPA Finanzholding angesiedelt, der die bilanzrechtlichen und konzeptionellen Grundsatzfragen einschließlich der Festlegung des Konsolidierungskreises sowie der Konsolidierungsmethodik erarbeitet und in einer Konzernrichtlinie verbindlich regelt. Die Konzernrechnungslegung setzt im ersten Schritt auf dezentral erstellten und verantworteten Einzelabschlüssen auf. Hierfür sehen die in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen angemessene Kontrollen vor, insbesondere in Form von Funktionstrennungen, Zugriffsberechtigungssystemen und Beachtung des 4-Augen-Prinzips. Die Konzernbuchführung sowie Überleitungen und technische Konsolidierungsschritte werden durch die NRS als konzerninternem Dienstleister vorgenommen. Deren Ergebnisse unterliegen ebenso dem bereits skizzierten Kontrollsystem und werden zusätzlich durch die HASPA Finanzholding plausibilisiert. Darauf aufbauend werden die zur Aufstellung vorgesehene Konzern-Bilanz und Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Anhang und der Lagebericht bei der HASPA Finanzholding erstellt.

Ausblick

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen
Der Euroraum insgesamt dürfte die im Berichtsjahr begonnene Erholung auch in 2014 fortsetzen und eine Wachstumsrate von rund 1 Prozent aufweisen. Um die hohe Arbeitslosenrate mancher Länder abzubauen, wird dieses Wachstum jedoch noch nicht ausreichen. In diesem Szenario der fortgesetzten, aber schwachen Erholung wird die Inflationsrate im Euroraum bei gut 1 Prozent und damit erneut deutlich unterhalb des EZB-Ziels prognostiziert. Die Zentralbank dürfte daher ihre Niedrigzinspolitik auch in 2014 weiterführen. Bei einem weiterhin festen Außenwert des Euro könnten sogar weitere expansive Maßnahmen der Geldpolitik in Frage kommen.

In Deutschland wird mit einem guten Konjunkturjahrgang gerechnet. Die Wachstumsprognosen liegen zwischen 1 und 1,5 Prozent. Treiber der positiven Entwicklung werden die Investitionen und der Konsum sein, hingegen verringert sich der Außenbeitrag. Sofern zusätzliche Ausgaben der neuen Bundesregierung nicht bereits 2014 den Haushalt belasten, wird der gesamtstaatliche Haushalt wiederum in etwa ausgeglichen ausfallen; die Schuldenstandsquote würde in diesem Fall erneut leicht absinken.

Überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum in Hamburg
Das Konjunkturbarometer der Handelskammer Hamburg zeigt im vierten Quartal 2013 bei den befragten Unternehmen per saldo deutlich positive Einschätzungen zur künftigen Geschäftslage. Bei den Investitions- und Personalplanungen sowie den Exportaussichten überwiegen die positiven gegenüber den negativen Erwartungen. Diese Ergebnisse deuten auf eine erfreuliche konjunkturelle Dynamik in Hamburg in den kommenden Monaten hin. Die norddeutsche Wirtschaftsmetropole Hamburg könnte 2014 gegenüber Deutschland insgesamt ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum von 1,5 bis 2 Prozent

erreichen. Der Hamburger Arbeitsmarkt sollte sich weiterhin durch eine hohe Stabilität auszeichnen. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte erneut zunehmen.

Voraussichtliche Entwicklung der HASPA-Gruppe
Die Entwicklung der HASPA-Gruppe wird insbesondere von der strategischen Ausrichtung auf das Retailbanking in der Metropolregion Hamburg beeinflusst. Für das Konzernergebnis ist die Ertragsprognose der Hamburger Sparkasse AG bestimmend. Diese erwartet den Zinsüberschuss in 2014 insbesondere aufgrund eines höheren Fristentransformationsergebnisses etwas über dem Niveau des abgelaufenen Jahres. Sollte sich ein steigendes Zinsniveau ergeben, wirkt sich dieses positiv auf das Kundengeschäft aus und könnte zu höheren Zinsüberschussbeiträgen führen. Beim Provisionsüberschuss wird aufgrund einer noch höheren Marktpräsenz und intensiveren Kundenbetreuung unter der Voraussetzung sich weiter verfestigenden Kundenvertrauens in die Geld- und Kapitalmärkte mit einer deutlichen Zunahme gerechnet. Der Verwaltungsaufwand wird insbesondere aufgrund von Aufwendungen für die Einlagensicherung nach europäischen Vorgaben sowie einer Zunahme der Personalkosten höher prognostiziert. Bei der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird nach einem sehr günstig ausgefallenen Berichtsjahr mit einem deutlich erhöhten und damit normalisierten Niveau gerechnet. Auf dieser Basis streben wir für das Jahr 2014 einen etwa auf Vorjahresniveau liegenden Konzern-Jahresüberschuss der HASPA-Gruppe an.

Zusammenfassende Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken
Die HASPA-Gruppe erwartet für das Jahr 2014 keine sich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachhaltig negativ auswirkenden Risikosituationen. Die Risiken der künftigen Entwicklung sind nicht bestandsgefährdend; vielmehr stehen ihnen erhebliche Markt- und Wachstumschancen der HASPA-Gruppe gegenüber.

Die HASPA-Gruppe wird aus einer starken Marktposition in der Metropolregion Hamburg heraus ihre Eigenständigkeit bewahren und zur Sicherung der Sparkassenidee in ihrem Wirkungskreis beitragen.

Hamburg, den 19. März 2014

Der Vorstand

Konzern-Bilanz

der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2013

Aktiva

Alle Betragsangaben in T€			**2013**	**2012**
1. Barreserve				
a) Kassenbestand			241.300	258.601
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank			80.859	247.153
			322.159	**505.754**
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			-	-
b) Wechsel			-	-
			-	**-**
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig			1.867.973	1.408.719
b) andere Forderungen		**(1)**	1.283.349	908.595
			3.151.322	**2.317.314**
4. Forderungen an Kunden		**(2)**	**31.772.339**	**30.366.484**
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	14.367.313			(12.925.373)
Kommunalkredite	553.960			(369.196)
Baudarlehen aus dem Bauspargeschäft	577.323			(596.681)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		**(3)**		
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten			-	-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-			(-)
ab) von anderen Emittenten			-	-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-			(-)
			-	-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten			1.932.384	1.793.529
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.928.115			(1.793.529)
bb) von anderen Emittenten			1.412.812	1.251.915
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.407.811			(1.251.915)
			3.345.196	3.045.444
c) eigene Schuldverschreibungen			361	-
Nennbetrag	342			(-)
			3.345.557	**3.045.444**
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		**(4)**	**4.672.627**	**4.469.861**
6a. Handelsbestand		**(5)**	**161.817**	**162.195**
7. Beteiligungen		**(6)**	**117.323**	**138.512**
darunter: an Kreditinstituten	6.968			(12.468)
an Finanzdienstleistungsinstituten	12.176			(12.176)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			**83.334**	**36.827**
darunter: an Kreditinstituten	-			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-			(-)
9. Anteile an assoziierten Unternehmen		**(7)**	**59.685**	**91.485**
10. Treuhandvermögen		**(8)**	**9.194**	**206**
darunter: Treuhandkredite	9.194			(206)
11. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			**-**	**-**
12. Immaterielle Anlagewerte		**(9)**		
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			-	-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			50.923	57.010
c) Geschäfts- oder Firmenwert			-	-
d) geleistete Anzahlungen			4.564	4.761
			55.487	**61.771**
13. Sachanlagen		**(9)**	**210.293**	**184.865**
14. Sonstige Vermögensgegenstände		**(10)**	**201.937**	**225.031**
15. Rechnungsabgrenzungsposten		**(11)**	**7.315**	**5.058**
Summe der Aktiva			**44.170.390**	**41.610.805**

Passiva

Alle Betragsangaben in T €			**2013**	**2012**
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		**(12)**		
a) täglich fällig			434.775	372.807
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			5.148.695	4.663.931
			5.583.470	**5.036.738**
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		**(13)**		
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten			6.708.126	6.147.410
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten			29.779	4.670
			6.737.905	6.152.080
b) Bauspareinlagen			820.265	796.593
c) andere Verbindlichkeiten				
ca) täglich fällig			16.089.805	15.144.009
cb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			6.583.943	6.596.535
			22.673.747	21.740.545
			30.231.917	**28.689.217**
3. Verbriefte Verbindlichkeiten		**(14)**		
a) begebene Schuldverschreibungen			3.242.522	3.007.848
b) andere verbriefte Verbindlichkeiten			-	-
darunter: Geldmarktpapiere	-			(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-			(-)
			3.242.522	**3.007.848**
3a. Handelsbestand		**(15)**	**48.225**	**70.402**
4. Treuhandverbindlichkeiten		**(16)**	**9.194**	**206**
darunter: Treuhandkredite	9.194			(206)
5. Sonstige Verbindlichkeiten		**(17)**	**46.237**	**43.356**
6. Rechnungsabgrenzungsposten		**(18)**	**24.315**	**27.189**
6a. Passive latente Steuern		**(19)**	**1.504**	**1.320**
7. Rückstellungen		**(20)**		
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			663.655	609.008
b) Steuerrückstellungen			26.616	24.301
c) andere Rückstellungen			241.799	246.895
			932.070	**880.203**
7a. Fonds zur bauspartechnischen Absicherung			**287**	**287**
8. Nachrangige Verbindlichkeiten		**(21)**	**33.376**	**4.373**
9. Genussrechtskapital			**-**	**-**
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-			(-)
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken			**530.620**	**507.432**
darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	2.000			(2.000)
11. Eigenkapital		**(22)**		
a) gezeichnetes Kapital			-	-
b) Kapitalrücklage			-	-
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage			3.102.301	3.047.685
cb) andere Rücklagen			21.027	21.027
			3.123.329	3.068.712
d) Konzernbilanzgewinn			259.825	263.193
e) Anteile im Fremdbesitz			61.072	10.328
			3.444.226	**3.342.234**
12. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung			**42.426**	**-**
Summe der Passiva			**44.170.390**	**41.610.805**

1. Eventualverbindlichkeiten		**(23)**		
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-	-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			727.979	524.608
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-	-
			727.979	**524.608**
2. Andere Verpflichtungen		**(23)**		
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-	-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-	-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			2.945.721	3.768.891
			2.945.721	**3.768.891**

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

der HASPA Finanzholding für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2013

Alle Betragsangaben in T €		2013	2012
1. Zinserträge aus	**(24)**		
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		1.185.108	1.265.866
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		15.157	39.313
		1.200.265	**1.305.180**
2. Zinsaufwendungen	**(25)**	**641.526**	**739.240**
		558.739	**565.939**
3. Laufende Erträge aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		141.902	179.824
b) Beteiligungen		3.104	3.594
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		21.703	4.136
		166.710	**187.554**
4. Ergebnis aus assoziierten Unternehmen		**-10.880**	**-13.458**
5. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		**3.509**	**1.805**
6. Provisionserträge	**(26)**	**275.888**	**250.876**
7. Provisionsaufwendungen	**(27)**	**23.361**	**21.842**
		252.527	**229.034**
8. Nettoertrag des Handelsbestands		**1.314**	**2.491**
9. Sonstige betriebliche Erträge	**(28)**	**125.452**	**130.141**
		1.097.372	**1.103.506**
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			
a) Personalaufwand			
aa) Löhne und Gehälter		334.274	333.886
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		69.899	83.707
darunter: für Altersversorgung 10.526			(24.195)
		404.173	417.593
b) andere Verwaltungsaufwendungen		262.862	301.484
		667.035	**719.077**
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		**21.838**	**22.258**
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen	**(29)**	**188.810**	**192.339**
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		**61.008**	**-**

Alle Betragsangaben in T €		2013	2012
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		-	469.823
		61.008	-469.823
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		29.389	15.357
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		-	-
		29.389	15.357
17. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken		2.288	500.757
18. Aufwendungen aus Verlustübernahme		1.377	230
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		125.626	123.312
20. Außerordentliche Erträge		168	226
21. Außerordentliche Aufwendungen		11.807	11.978
22. Außerordentliches Ergebnis	**(30)**	-11.639	-11.752
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	**(31)**	61.350	59.820
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		69	227
		61.419	60.047
25. Konzernjahresüberschuss		52.569	51.512
26. Konzernfremden Gesellschaftern zustehender Gewinn		1.320	267
27. Auf konzernfremde Gesellschafter entfallender Verlust		-	173
28. Konzerngewinn		51.249	51.419

Eigenkapitalspiegel

Der Eigenkapitalspiegel gibt einen Überblick über die Entwicklung des Konzern-Eigenkapitals und des Konzern-Gesamtergebnisses.

	Mutterunternehmen				Minderheitengesellschafter		
in Mio €	**Sicherheitsrücklage**	**Erwirtschaftetes Konzern-Eigenkapital**	**Andere Rücklagen**	**Eigenkapital**	**Minderheitenkapital**	**Eigenkapital**	**Konzern-Eigenkapital**
Stand am 01.01.2012	2.975,2	284,3	21,0	3.280,5	11,3	11,3	3.291,8
Verwendung Bilanzgewinn	72,5	-72,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausschüttungen	0,0	0,0	0,0	0,0	-1,1	-1,1	-1,1
Veränderung des Konsolidierungskreises	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Konzern-Jahresüberschuss	0,0	51,4	0,0	51,4	0,1	0,1	51,5
Stand am 31.12.2012	3.047,7	263,2	21,0	3.331,9	10,3	10,3	3.342,2
Verwendung Bilanzgewinn	54,6	-54,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausschüttungen	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,2	-0,2	-0,2
Veränderung des Konsolidierungskreises	0,0	0,0	0,0	0,0	49,7	49,7	49,7
Konzern-Jahresüberschuss	0,0	51,2	0,0	51,2	1,3	1,3	52,5
Stand am 31.12.2013	3.102,3	259,8	21,0	3.383,1	61,1	61,1	3.444,2

Der Jahresüberschuss aus dem Einzelabschluss 2013 der HASPA Finanzholding in Höhe von 56,4 Mio Euro wird gemäß den Bestimmungen der Satzung der Sicherheitsrücklage zugeführt. Seit dem Zeitpunkt der Erstkonsolidierung (1. Januar 2003) bis zum 31. Dezember 2013 wurden aus dem erwirtschafteten Konzern-Eigenkapital insgesamt 1.043,3 Mio Euro in die Sicherheitsrücklage eingestellt.

Kapitalflussrechnung			2013 T €	2012 T €
1.		**Jahresüberschuss**	**52.569**	**51.512**
2.	+	Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen	123.115	81.250
3.	+/-	Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	51.866	80.023
4.	+/-	andere zahlungswirksame Aufwendungen / Erträge des Handelsbestands	1.140	558
5.	-/+	Gewinn / Verlust aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen	4.775	-196
6.	-/+	sonstige Anpassungen (Saldo)*	-544.047	-704.599
7.		**Zwischensumme**	**-310.582**	**-491.452**
8a.	+/-	Forderungen an Kreditinstitute	-834.008	-336.831
8b.	+/-	Forderungen an Kunden	-1.479.986	-1.650.460
9.	+/-	Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagen) und Handelsbestand	-529.648	1.286.319
10.	+/-	andere Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	11.849	4.600
11a.	+/-	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	546.732	70.956
11b.	+/-	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.542.700	697.427
12.	+/-	Verbriefte Verbindlichkeiten	234.674	-330.964
13.	+/-	Nachrangige Verbindlichkeiten	29.003	0
14.	+/-	andere Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-13.181	-9.687
15.	+	erhaltene Zinsen und Dividenden	1.346.601	1.516.814
16.	-	gezahlte Zinsen	-626.015	-722.873
17.	+/-	Ertragsteuerzahlungen	-62.191	-89.394
18.		**Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit**	**-144.052**	**-55.545**
19.	+	Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	975	403
20.	+	Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	60.512	18.508
21.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-59.261	-6.305
22.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-57.915	-3.999
23.	+/-	Mittelveränderung aus sonstiger Investitionstätigkeit (Saldo)	-5.714	-7.003
24.		**Cash Flow aus Investitionstätigkeit**	**-61.403**	**1.604**
25.	-	Auszahlungen an Minderheitengesellschafter	-267	-1.037
26.		**Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit**	**-267**	**-1.037**
27.		Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	-144.052	-55.545
28.		Cash Flow aus Investitionstätigkeit	-61.403	1.604
29.		Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	-267	-1.037
30.		Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	22.127	0
31.		**Finanzmittelfonds am Anfang der Periode**	**505.754**	**560.732**
		davon quotal einbezogene Unternehmen	5	5
32.		**Finanzmittelfonds am Ende der Periode**	**322.159**	**505.754**
		davon quotal einbezogene Unternehmen	4	4

* In den sonstigen Anpassungen sind Zinsen, Dividenden und Steuern in Höhe von 658.395 T € enthalten (Vorjahr 704.547 T €).

Konzern-Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Gesetzliche Vorgaben
Der Konzernabschluss der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2013 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) sowie den Bestimmungen der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Gemäß §§ 340i Abs. 2 und 3 sowie 340a Abs. 1 HGB i. V. m. § 265 Abs. 4 und 5 HGB werden für den Konzernabschluss die Formblätter der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung für Kreditinstitute verwendet und um wesentliche Positionen des Bauspargeschäfts ergänzt. Weitergehende Erläuterungen zum Bauspargeschäft werden im Anhang gegeben.

Von der Möglichkeit, die anteiligen Zinsen nicht nach Restlaufzeiten aufzugliedern, wird nach § 11 Satz 3 RechKredV Gebrauch gemacht. Entsprechend führt bei den Positionen „Forderungen an Kreditinstitute“, „Forderungen an Kunden“, „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ sowie „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ eine Aufrechnung der im Konzernanhang ausgewiesenen Beträge nicht zum Bilanzausweis.

Grundlagen der Konsolidierung
Die Kapitalkonsolidierung erfolgt für bis zum Inkrafttreten des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) erstkonsolidierte Tochterunternehmen weiterhin nach der Buchwertmethode (Artikel 66 Abs. 3 Satz 4 EGHGB). Gemäß § 301 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 HGB alte Fassung werden die Wertansätze bei der erstmaligen Einbeziehung der Unternehmen in den Konzernabschluss herangezogen. Für die nach Inkrafttreten des BilMoG erstkonsolidierten Tochterunternehmen wird gemäß § 301 Abs. 1 HGB die Neubewertungsmethode angewandt.

Gemäß § 309 Abs. 1 Satz 3 HGB alte Fassung wurden aktivische Unterschiedsbeträge in Höhe von 15,0 Mio Euro aus der Erstkonsolidierung mit den Rücklagen verrechnet.

Im Geschäftsjahr entstandene passivische Unterschiedsbeträge in Höhe von 42,4 Mio Euro werden in Folgejahren über einen Zeitraum von zehn Jahren erfolgswirksam aufgelöst.

Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den einbezogenen Unternehmen, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind, werden im Wege der Schuldenkonsolidierung gemäß § 303 HGB gegeneinander aufgerechnet.

Erträge aus der konzerninternen Leistungsverrechnung werden, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind, mit den korrespondierenden Aufwendungen im Rahmen der Aufwands- und Ertragskonsolidierung gemäß § 305 HGB verrechnet.

Die Wertansätze der Beteiligungen an assoziierten Unternehmen bzw. die Unterschiedsbeträge für bis zum Inkrafttreten des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) einbezogene assoziierte Unternehmen wurden auf der Grundlage der Wertansätze zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung des assoziierten Unternehmens in den Konzernabschluss ermittelt; danach auf den Zeitpunkt, zu dem die Gesellschaft assoziiertes Unternehmen geworden ist. Sich ergebende Geschäftswerte werden in Anbetracht der langfristigen Zusammenarbeit mit den assoziierten Unternehmen und der vergleichsweisen Stabilität des Branchenumfelds über einen Zeitraum von zehn Jahren linear abgeschrieben.

Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss sind neben der HASPA Finanzholding, Hamburg, folgende Unternehmen nach der Neubewertungsmethode bzw. Buchwertmethode im Rahmen der Vollkonsolidierung einbezogen:

Unternehmen Erstkonsolidierungszeitpunkt	Anteil am Eigenkapital in %
- Hamburger Sparkasse AG, Hamburg 1. Januar 2003	100,00
- NM Nord-IMMO Management GmbH & Co. KG, Hamburg (Befreiung gemäß § 264b HGB) 1. Januar 2003	100,00
- Grossmann & Berger GmbH, Hamburg 1. Januar 2003	90,00
- NRS Norddeutsche Retail-Service GmbH, Hamburg / Bremen 1. Januar 2006	60,00
- NM Nord-IMMO Erste Immobilien GmbH, Hamburg 1. Januar 2013	100,00
- Sparkasse Mittelholstein AG, Rendsburg 31. Dezember 2013	65,99

Anteile an Tochterunternehmen, die aus Konzernsicht insgesamt von untergeordneter Bedeutung nach § 296 Abs. 2 HGB sind, werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Nicht einbezogen sind insgesamt 19 inländische Unternehmen. Die Anteile werden als verbundene Unternehmen ausgewiesen. Der Einfluss dieser Unternehmen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ist insgesamt von untergeordneter Bedeutung.

Anteile an vier Tochterunternehmen, bei denen die Ausübung der Gesellschafterrechte durch Einstimmigkeitserfordernisse erheblich und andauernd beschränkt ist, werden gemäß § 296 Abs. 1 HGB mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Folgendes Gemeinschaftsunternehmen wird entsprechend der Anteile am Kapital (quotal) nach der Buchwertmethode in den Konzernabschluss einbezogen:

Unternehmen Erstkonsolidierungszeitpunkt	Anteil am Eigenkapital in %
- LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG, Kiel / Hamburg 1. Januar 2007	42,50

Folgende Unternehmen werden zum 31. Dezember 2013 im Rahmen der Equity-Methode nach der Buchwertmethode als assoziierte Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen:

Unternehmen Erstkonsolidierungszeitpunkt	Anteil am Eigenkapital in %
- Sparkasse zu Lübeck AG, Lübeck 31. Dezember 2005	26,00
- neue leben Holding AG, Hamburg 1. Januar 2011	23,20

Im Berichtsjahr wurden fünf Beteiligungen an assoziierten Unternehmen, deren Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung nach § 311 Abs. 2 HGB ist, nicht in den Konzernabschluss einbezogen.

Die Vorjahreswerte der Konzernbilanz basieren auf dem letztjährigen Konsolidierungskreis und sind aufgrund der erstmaligen Vollkonsolidierung der Sparkasse Mittelholstein AG nur bedingt vergleichbar. Wesentliche Positionen und deren an den Konsolidierungkreis des Vorjahres angepassten Werte sind Forderungen an Kreditinstitute (3.130,4 Mio Euro), Forderungen an Kunden (30.358,3 Mio Euro), Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (3.069,8 Mio Euro), Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (4.651,8 Mio Euro), Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (5.065,4 Mio Euro), Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (29.237,1 Mio Euro), verbriefte Verbindlichkeiten (3.218,3 Mio Euro), Rückstellungen (899,2 Mio Euro) und Fonds für allgemeine Bankrisiken (509,7 Mio Euro).

Konzern-Anhang

Bewertung einzelner Posten und Sachverhalte

Kreditgeschäft
Die Forderungen an Kunden und Kreditinstitute wurden zum Nennwert oder zu Anschaffungskosten bilanziert. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien oder aufgeschlagene Agien werden auf die Festzinsbindungsdauer bzw. auf eine Laufzeit von höchstens fünf Jahren verteilt.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Das Wertaufholungsgebot wurde bei der Bewertung der Kredite beachtet.

In der Bilanzposition „Forderungen an Kunden“ wurden in der Darunterposition „durch Grundpfandrechte gesicherte Forderungen“ alle Beträge ausgewiesen, die die Voraussetzungen des § 14 PfandBG erfüllen.

Wertpapiere
Die Wertpapiere werden grundsätzlich unter gleichzeitiger Berücksichtigung des Wertaufholungsgebots nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Ein Teilbestand von Schuldverschreibungen in Höhe von nominal 41,1 Mio Euro ist dem Anlagevermögen zugeordnet und wird nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Der Buchwert dieser Papiere beträgt 40,9 Mio Euro; der beizulegende Zeitwert beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 40,1 Mio Euro.

Bei in Spezialfonds gehaltenen Vermögensgegenständen, für die kein handelbarer Kurs verfügbar ist, wird von den Fondsgesellschaften der Verkehrswert, der bei sorgfältiger Einschätzung nach geeigneten Bewertungsmodellen unter Berücksichtigung der aktuellen Marktgegebenheiten angemessen ist, zugrunde gelegt.

Handelsbestand
Die zu Handelszwecken erworbenen Finanzinstrumente werden im Handelsbestand zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags (Value-at-Risk) ausgewiesen. Gemäß IDW RS BFA 2 wird dieser in einer Summe beim größeren der jeweiligen Bilanzposten (Aktiv oder Passiv) berücksichtigt.

Die Umrechnung der Handelsaktiva und -passiva erfolgt zum Mittelkurs.

Zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an das Risikomanagement der Marktpreisrisiken des Handelsbuchs wird ein entsprechender Value-at-Risk (VaR) ermittelt. Dieser VaR wird für den Risikoabschlag herangezogen. Der VaR wird mit einer Haltedauer von einem Monat, einer Datenhistorie von 250 Tagen und einem Konfidenzniveau von 95 % ermittelt. Mit der Berücksichtigung des Risikoabschlags wird der Ausfallwahrscheinlichkeit der realisierbaren Gewinne aus der Bewertung zu Marktpreisen Rechnung getragen. Die Veränderung des Risikoabschlags wird im Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands ausgewiesen. Weiterhin werden im Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands Kurs- und Bewertungsgewinne sowie Kurs- und Bewertungsverluste von Finanzinstrumenten des Handelsbestands ausgewiesen. Die Zinserträge und Zinsaufwendungen des Handelsbestands werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen
Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden mit den Anschaffungskosten bilanziert. Das Wertaufholungsgebot wurde bei der Bewertung beachtet. Niedrigere Werte werden angesetzt, wenn besondere Umstände vorliegen.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen
Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige, steuerlich zulässige Abschreibungen, bilanziert. Für bis 2009 angeschaffte Sachanlagen werden steuerlich zulässige Abschreibungen fortgeführt.

Verbindlichkeiten
Die Verbindlichkeiten werden grundsätzlich zu ihrem Erfüllungsbetrag bewertet. Aufgewendete Disagien werden aktivisch unter den Rechnungsabgrenzun-

gen ausgewiesen; Agioerträge werden in den passiven Rechnungsabgrenzungen dargestellt.

Abweichend hiervon werden Null-Kupon-Anleihen mit ihrem Zeitwert bilanziert.

Rückstellungen
Mit den ausgewiesenen Rückstellungen wird allen erkennbaren Risiken sowie allen ungewissen Verpflichtungen Rechnung getragen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden konzerneinheitlich nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß der Projected Unit Credit Method und nach Maßgabe der Richttafeln 2005 G von Heubeck gebildet. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, abgezinst. Im Geschäftsjahr wurde ein Zinssatz von 4,9 % zugrunde gelegt. Bei der Ermittlung der Rückstellung für Pensionsverpflichtungen wurden Lohn- und Gehaltssteigerungen (einschließlich Karrieretrend) von 2,1 % und Rentensteigerungen von 1,75 % zugrunde gelegt. Die Fluktuationsrate liegt altersabhängig zwischen 1 % und 5 %.

Der gesonderte Ausweis der Erträge und Aufwendungen aus der Abzinsung von Rückstellungen erfolgt aus Gründen der Übersichtlichkeit und Klarheit im Anhang. Die Aufwendungen für Aufzinsungen von bankgeschäftsbezogenen Rückstellungen werden in den Zinsaufwendungen ausgewiesen, der Zinsaufwand für die nicht-bankgeschäftsbezogenen Rückstellungen wird in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen berücksichtigt.

Verlustfreie Bewertung des zinsbezogenen Bankbuchs (Zinsbuch)
Unter Beachtung des IDW RS BFA 3 erfolgte zur Ermittlung eines gegebenenfalls bestehenden Verpflichtungsüberschusses aus dem Geschäft mit zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs eine Gesamtbetrachtung aller zinstragenden Aktiva und Passiva des Bankbuchs (ohne Handelsbestand) einschließlich der Derivate unter Berücksichtigung aller bis zur vollständigen Abwicklung zu erwartenden Risiko- und Verwaltungskosten. Hierbei ist die Ermittlung unter Berücksichtigung individueller Refinanzierungsmöglichkeiten in einer barwertigen Betrachtung erfolgt. Ein Verpflichtungsüberschuss besteht nicht, so dass die Bildung einer Rückstellung nicht erforderlich ist.

Währungsumrechnung
Die Währungsumrechnung erfolgt nach den Vorschriften des § 340h HGB i. V. m. § 256a HGB. Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände, die wie Anlagevermögen behandelt werden, werden mit ihren Anschaffungskursen in Euro umgerechnet. Fremdwährungswertpapiere des Umlaufvermögens werden zum Kassakurs bewertet. Bei Fremdwährungspapieren mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden ausschließlich die sich ergebenden Aufwendungen aus der Währungsumrechnung berücksichtigt.

Die übrigen Bilanzbestände in Fremdwährung sowie die nicht abgewickelten Kassa- und Termingeschäfte, die nicht dem Handelsbestand zugeordnet wurden, gelten gemäß § 340h HGB als besonders gedeckte Geschäfte (besondere Deckung). Die besondere Deckung stellt hierbei auf eine betragsmäßige Deckung der einbezogenen Geschäfte ab, eine Laufzeitkongruenz der Geschäfte wird hierbei nicht betrachtet. Besonders gedeckte Geschäfte werden zum Kassa- bzw. Terminkurs bewertet. Eine direkte Zuordnung von Deckungsgeschäften wird nicht mehr vorgenommen. Die Geschäfte werden im Rahmen der besonderen Deckung mit dem ungespaltenen Terminkurs bewertet.

Dem Kassa- bzw. Terminkurs liegt der Referenzkurs der Europäischen Zentralbank zugrunde.

Die aus der Umrechnung der besonders gedeckten Geschäfte ermittelten Kursgewinne und -verluste werden im Anhang unter den sonstigen betrieblichen

Erträgen beziehungsweise unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen gesondert ausgewiesen.

Bewertungseinheiten
Im Konzern werden Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB gebildet. In die Bewertungseinheiten werden Verbindlichkeiten und schwebende Geschäfte als Grundgeschäfte einbezogen und mittels derivativer Finanzinstrumente abgesichert.

Die Zins- und sonstigen Preisrisiken aus begebenen strukturierten Anleihen bzw. Namenspapieren (Grundgeschäfte) werden mithilfe von strukturierten Zinsswaps (Sicherungsgeschäfte) abgesichert. Bei den Grundgeschäften handelt es sich einerseits um strukturierte Inhaberschuldverschreibungen, die unter dem Posten „Verbriefte Verbindlichkeiten" ausgewiesen werden, sowie andererseits um strukturierte Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Sparkassenbriefe, die unter dem Passivposten „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden" bzw. „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten" bilanziert werden. Die jeweiligen Sicherungsgeschäfte sind derart ausgestaltet, dass die risikorelevanten Parameter des Grundgeschäfts zum Zeitpunkt des Geschäftsabschlusses und während der Laufzeit des Grundgeschäfts hinsichtlich des abgesicherten Risikos vollständig gegenläufig sind (Critical Terms Match).

Weiterhin erfolgt für mit Kunden abgeschlossene Cross Currency Interest Rate Swaps eine Absicherung des Währungs- und Zinsrisikos durch den Abschluss von exakt gegenläufigen Sicherungsgeschäften mit bonitätsmäßig einwandfreien Kreditinstituten. Das derivative Kundengeschäft sowie das Back-to-back-Sicherungsgeschäft werden jeweils zu einer Mikro-Bewertungseinheit zusammengefasst. Darüber hinaus werden im Kundenkreditgeschäft Zinsbegrenzungsvereinbarungen in Form von Caps, Floors und Collars abgeschlossen. Diese den Kunden eingeräumten Zinsoptionsrechte werden jeweils einzelgeschäftsbezogen durch entsprechende Gegengeschäfte mit bonitätsmäßig einwandfreien Kreditinstituten gesichert.

Das derivative Kundengeschäft sowie das Back-to-back-Sicherungsgeschäft werden jeweils zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst.

Die Effektivität der Sicherungsbeziehung wird bei Designation der Bewertungseinheiten sowie zum Abschlussstichtag durch eine handelsunabhängige Stelle kontrolliert. Es ist jeweils eine effektive Absicherung der Grundgeschäfte in Bezug auf die bestehenden Risiken gegeben.

Die bilanzielle Abbildung der gebildeten Bewertungseinheiten erfolgt nach der Einfrierungsmethode im Sinne des IDW RS HFA 35. Konzerneinheitlich wird sich auf Grundlage der angewandten Methoden (Critical Terms Match) von der Wirksamkeit der jeweiligen Sicherungsbeziehung in Bezug auf die bestehenden Wert- bzw. Zahlungsstromrisiken des jeweils abgesicherten Risikos überzeugt. Die Wert- bzw. Zahlungsstromänderungen der Grund- und Sicherungsgeschäfte – bezogen auf die abgesicherten Risiken – werden sich voraussichtlich über die gesamte Zeit des Bestehens der Bewertungseinheiten in vollem Umfang ausgleichen.

Derivate
Zinsswaps werden im Wesentlichen zur Steuerung des Zinsrisikos eingesetzt und in die verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen. Darüber hinaus werden derivative Finanzinstrumente, die sich in Bewertungseinheiten befinden, gehalten. Im geringen Umfang befinden sich des Weiteren derivative Finanzinstrumente im Handelsbestand.

Bei Optionen sind die Stillhalterpositionen in der Regel durch Gegengeschäfte gesichert. Erhaltene bzw. gezahlte Optionsprämien für noch nicht abgewickelte Optionen sowie Marginverpflichtungen aus Future-Geschäften sind, sofern sie Handelsgeschäfte darstellen, innerhalb der Handelsaktiva bzw. -passiva ausgewiesen. Ansonsten werden diese als „Sonstige Vermögensgegenstände" bzw. „Sonstige Verbindlichkeiten" bilanziert.

Erläuterungen zur Konzernbilanz **Aktiva**

(1) Forderungen an Kreditinstitute	**2013 Mio €**	**2012 Mio €**
Aufgliederung der Unterposition b) **andere Forderungen** nach Restlaufzeiten:		
- bis 3 Monate	790,7	450,0
- über 3 Monate bis 1 Jahr	132,0	117,8
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	89,7	80,8
- über 5 Jahre	52,9	44,1

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
In den Forderungen sind keine Hypothekendarlehen und Kommunalkredite enthalten. In den anderen Forderungen sind Beträge gegen Beleihung von Wertpapieren in Höhe von 698,1 Mio Euro (Vorjahr 0,0 Mio Euro) enthalten.

Angaben zum Bauspargeschäft:
Die aus Zuteilungen bereitgestellten, noch nicht ausgezahlten Baudarlehen betragen 3,8 Mio Euro (Vorjahr 0,0 Mio Euro).

(2) Forderungen an Kunden	**2013 Mio €**	**2012 Mio €**
In dieser Position sind enthalten:		
Forderungen an verbundene Unternehmen	101,8	81,4
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	52,4	48,8
Forderungen an Kunden nach Restlaufzeiten:		
- bis 3 Monate	2.296,4	2.520,8
- über 3 Monate bis 1 Jahr	2.262,0	2.091,5
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	6.918,6	6.375,6
- über 5 Jahre	18.586,2	17.666,9
- mit unbestimmter Laufzeit	1.076,5	1.066,8

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
In den Forderungen sind Hypothekendarlehen in Höhe von 14.367,3 Mio Euro (Vorjahr 12.925,4 Mio Euro) und Kommunalkredite in Höhe von 554,0 Mio Euro (Vorjahr 369,2 Mio Euro) enthalten.
In den anderen Forderungen in Höhe von 16.859,1 Mio Euro (Vorjahr 16.475,2 Mio Euro) sind 16,4 Mio Euro (Vorjahr 167,9 Mio Euro) gegen Beleihung von Wertpapieren enthalten.

Angaben zum Bauspargeschäft:
Die Zins- und Tilgungsrückstände bei Baudarlehen beliefen sich am Bilanzstichtag auf 0,7 Mio Euro, das sind 0,13 % des Bestands.

Konzern-Anhang

	2013 Mio €	2012 Mio €
Die Baudarlehen betragen		
a) aus Zuteilungen	171,0	202,7
b) zur Vor- und Zwischenfinanzierung	393,7	382,5
c) sonstige	12,6	11,5
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	12,4	11,3
	577,3	**596,7**
Die bereitgestellten, noch nicht ausgezahlten Baudarlehen betragen:		
a) aus Zuteilungen	42,9	47,9
b) zur Vor- und Zwischenfinanzierung	25,8	14,6
c) sonstige	1,5	0,7
	70,2	**63,2**

(3) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	**2013 Mio €**	**2012 Mio €**
Von den in diesem Bilanzposten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
- börsennotiert	3.313,1	3.020,4
- nicht börsennotiert	30,4	25,0
Davon im Folgejahr fällig	374,2	4,4
Der Buchwert der dem Anlagevermögen zugeordneten Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere beträgt	122,3	101,2

(4) Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	**2013 Mio €**	**2012 Mio €**
Von den in diesem Bilanzposten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
- börsennotiert	0,0	0,0
- nicht börsennotiert	2,5	2,4
Der Buchwert der dem Anlagevermögen zugeordneten Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere beträgt	295,7	255,6

In diesem Bilanzposten sind Spezialfondsanteile mit einem Buchwert von 4,6 Mrd Euro (Vorjahr 4,5 Mrd Euro) enthalten. Die Fungibilität dieser Anteile ist eingeschränkt. Bei den im Bestand gehaltenen Spezialfondsanteilen wurden Gewinne, soweit sie aus der Realisierung von Kursgewinnen resultieren, im Wesentlichen thesauriert. Der Gewinn aus Zins- und Dividendeneinnahmen wurde im Wesentlichen vollständig ausgeschüttet.

Entwicklung der Wertpapiere des Anlagevermögens	**Mio €**
Bilanzwert zum 1. Januar 2013	356,8
Veränderungen (saldiert gemäß § 34 Abs. 3 RechKredV)	61,2
Bilanzwert zum 31. Dezember 2013	418,0

Investmentvermögen mit einem Anteil von über 10 %	Ausschüttung 2013	Unterschiedsbetrag	2013 Mio € Marktwert	2013 Mio € Buchwert
- HERA-FONDS	0,8	31,7	231,7	200,0
- JUPITER-FONDS 1	104,6	104,8	3.465,9	3.361,1
- JUPITER-FONDS 2	9,2	0,0	419,7	419,7
- JUPITER-FONDS 3	18,7	20,5	414,7	394,2
- JUPITER-FONDS 4	6,2	0,0	122,7	122,7
- LBS-Hamburg Fonds	1,3	2,3	72,3	70,0
- BayernInvest Fonds	1,1	1,4	58,7	57,3
			4.785,7	**4.625,0**

Die tägliche Rückgabe war möglich, Abschreibungen wurden nicht unterlassen.

(5) Handelsbestand	2013 Mio €	2012 Mio €
Der Handelsbestand setzt sich zusammen aus:		
- derivative Finanzinstrumente	51,5	74,7
- Forderungen	0,0	0,0
- Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	110,4	85,6
- Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,1	2,7
- sonstige Vermögensgegenstände	0,2	0,5
	162,2	163,5
- Risikoabschlag	-0,4	-1,3
	161,8	**162,2**

(6) Beteiligungen	2013 Mio €	2012 Mio €
Von den in diesem Bilanzposten enthaltenen Anteilen, die in börsenfähigen Wertpapieren verbrieft sind, sind:		
- börsennotiert	0,0	0,0
- nicht börsennotiert	0,0	0,0

Entwicklung	Beteiligungen Mio €	Verbundene Unternehmen Mio €
Bilanzwert zum 1. Januar 2013	138,5	36,8
Veränderungen (saldiert gemäß § 34 Abs. 3 RechKredV)	-21,2	46,5
Bilanzwert zum 31. Dezember 2013	117,3	83,3

(7) Anteile an assoziierten Unternehmen

Zum Bilanzstichtag bestehen aktivische Unterschiedsbeträge (Geschäftswert) in Höhe von 1,8 Mio Euro.

(8) Treuhandvermögen

Die ausgewiesenen Treuhandkredite betreffen ausschließlich Treuhandforderungen an Kunden.

Konzern-Anhang

(9) Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	**Immaterielle Anlagewerte Mio €**	**Sachanlagen Mio €**
Entwicklung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen:		
Anschaffungskosten am 1. Januar 2013	132,5	383,1
Zugänge	7,8	60,2
Abgänge	0,9	9,9
kumulierte Abschreibungen	83,9	223,1
Bilanzwert zum 31. Dezember 2013	**55,5**	**210,3**
Bilanzwert zum 31. Dezember 2012	61,8	184,9
Abschreibungen des Geschäftsjahres	12,8	9,0

Von den **Sachanlagen** entfallen auf:	**2013 Mio €**	**2012 Mio €**
- die im Rahmen des Sparkassengeschäfts genutzten Grundstücke und Gebäude	101,3	95,4
- die Betriebs- und Geschäftsausstattung	28,5	31,8

Im Konzern wurde von dem Wahlrecht zur Aktivierung von selbstersteller Software kein Gebrauch gemacht.

(10) Sonstige Vermögensgegenstände	**2013 Mio €**	**2012 Mio €**
Die sonstigen Vermögensgegenstände setzen sich zusammen aus:		
- aktivierte Vorräte und sonstige Vermögensgegenstände	12,3	9,5
- sonstige Forderungen	189,6	215,5
	201,9	**225,0**

(11) Rechnungsabgrenzungsposten	**2013 Mio €**	**2012 Mio €**
In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:		
- Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungs- und niedrigerem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten oder Schuldverschreibungen	4,8	3,4
- Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und höherem Auszahlungsbetrag von Forderungen	0,0	0,2
- sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	2,5	1,5
	7,3	**5,1**

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
Die Rechnungsabgrenzungsposten resultieren in Höhe von 3,6 Mio Euro (Vorjahr 3,5 Mio Euro) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft.

Erläuterungen zur Konzernbilanz **Passiva**

(12) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2013 Mio €	2012 Mio €
In dieser Position sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1,0	1,4
Gesamtbetrag der als Sicherheit für in dieser Position enthaltene Verbindlichkeiten übertragenen Vermögensgegenstände	2.278,3	2.577,5
Aufgliederung der Unterposition b) nach Restlaufzeiten:		
- bis 3 Monate	466,3	144,1
- über 3 Monate bis 1 Jahr	360,7	504,6
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	1.517,6	1.744,3
- über 5 Jahre	2.472,6	1.939,1

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
In den Verbindlichkeiten sind begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe in Höhe von 221,0 Mio Euro (Vorjahr 161,7 Mio Euro) enthalten; begebene öffentliche Namenspfandbriefe waren im Geschäftsjahr sowie im Vorjahr nicht im Bestand. Es sind keine Hypotheken-Namenspfandbriefe zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigt worden.

Angaben zum Bauspargeschäft:
Es sind 63,3 Mio Euro aufgenommene Fremdgelder aus der Refinanzierung der außerkollektiven Baudarlehen aus dem Bausparkassengeschäft enthalten.

(13) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2013 Mio €	2012 Mio €
In dieser Position sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	56,3	14,2
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	23,4	11,5
Aufgliederung der Unterposition ab) nach Restlaufzeiten:		
- bis 3 Monate	7,1	1,0
- über 3 Monate bis 1 Jahr	10,6	1,4
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	11,8	2,2
- über 5 Jahre	0,3	0,1
Aufgliederung der Unterposition cb) nach Restlaufzeiten:		
- bis 3 Monate	481,1	631,4
- über 3 Monate bis 1 Jahr	349,0	228,2
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	1.076,3	1.019,2
- über 5 Jahre	4.418,2	4.411,9

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
In den Verbindlichkeiten sind begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe in Höhe von 2.790,4 Mio Euro (Vorjahr 2.583,5 Mio Euro) enthalten; begebene öffentliche Namenspfandbriefe waren im Geschäftsjahr und im Vorjahr nicht im Bestand. Es sind keine Hypotheken-Namenspfandbriefe zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigt worden.

Konzern-Anhang

Angaben zum Bauspargeschäft: Von den Bauspareinlagen entfielen	2013 Mio €	2012 Mio €
a) auf gekündigte Verträge	9,6	9,3
b) auf zugeteilte Verträge	21,8	16,9
	31,4	**26,2**

(14) Verbriefte Verbindlichkeiten	2013 Mio €	2012 Mio €
In dieser Position sind enthalten:		
im Folgejahr fällige begebene Schuldverschreibungen	1.327,0	319,3

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
In den begebenen Schuldverschreibungen sind Hypothekenpfandbriefe in Höhe von 417,6 Mio Euro (Vorjahr 336,7 Mio Euro) enthalten; begebene öffentliche Pfandbriefe befanden sich im Geschäftsjahr und im Vorjahr nicht im Bestand. Die sonstigen begebenen Schuldverschreibungen betragen 2.824,9 Mio Euro (Vorjahr 2.671,2 Mio Euro).

(15) Handelsbestand	2013 Mio €	2012 Mio €
Der Handelsbestand setzt sich zusammen aus:		
- derivative Finanzinstrumente	48,2	70,4
- Verbindlichkeiten	0,0	0,0
	48,2	70,4
- Risikozuschlag	0,0	0,0
	48,2	**70,4**

(16) Treuhandverbindlichkeiten
Die ausgewiesenen Treuhandverbindlichkeiten betreffen mit 8,1 Mio Euro Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und mit 1,1 Mio Euro Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

(17) Sonstige Verbindlichkeiten	2013 Mio €	2012 Mio €
Die sonstigen Verbindlichkeiten setzen sich zusammen aus:		
- Steuerverbindlichkeiten	16,9	15,9
- sonstige Verbindlichkeiten	29,3	27,5
	46,2	**43,4**

(18) Rechnungsabgrenzungsposten	2013 Mio €	2012 Mio €
In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:		
- Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Darlehensforderungen	18,6	20,9
- Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungs- und höherem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten oder Schuldverschreibungen	3,3	4,2
- sonstige Rechnungsabgrenzungen	2,4	2,1
	24,3	**27,2**

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
Die Rechnungsabgrenzungsposten resultieren in Höhe von 20,6 Mio Euro (Vorjahr 24,3 Mio Euro) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft.

(19) Latente Steuern
Die in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften ermitteln alle zeitlichen und quasi-permanenten Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen und den Steuerwerten (§ 274 HGB). Derartige Differenzen bestehen insbesondere in den Bilanzposten Forderungen an Kunden und Rückstellungen, die zu aktiven latenten Steuern führen. Die aus dem Überhang an aktiven latenten Steuern resultierende voraussichtliche zukünftige Ertragsteuerentlastung wird in der Konzernbilanz nicht ausgewiesen.

Daneben werden latente Steuern auf Konsolidierungsmaßnahmen bilanziert (§ 306 HGB). Der für die Ermittlung zugrunde gelegte einheitliche Steuersatz beträgt 32,1 %.

(20) Rückstellungen
Der aufgrund der neuen Bewertungsvorschriften für Pensionsrückstellungen zum 1. Januar 2010 ermittelte Unterschiedsbetrag wird linear über einen Zeitraum von 15 Jahren zu Lasten des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Der Restbetrag des noch zuzuführenden Betrags beträgt per 31. Dezember 2013 133,2 Mio Euro.

In Ausübung des Wahlrechts des Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB wurde bei einer sonstigen Rückstellung der höhere Ansatz beibehalten. Der Wert der Überdeckung beträgt 0,1 Mio Euro.

Deckungsvermögen mit einem Zeitwert von 0,1 Mio Euro (Anschaffungskosten 0,1 Mio Euro) wurde mit Altersversorgungsverpflichtungen verrechnet. Der Erfüllungsbetrag dieser Verpflichtungen beträgt brutto 0,1 Mio Euro.

(21) Nachrangige Verbindlichkeiten
Für nachrangige Verbindlichkeiten i.H.v. nominal 33,4 Mio Euro wurden im Berichtsjahr 1,6 Mio Euro an Zinsen aufgewendet. Bei den nachrangigen Verbindlichkeiten, die 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten überschreiten, handelt es sich um zwei Darlehen in Höhe von 4,5 Mio Euro bzw. 4,0 Mio Euro mit einem Zinssatz von 4,45 % p.a. bzw. 3,35 % p.a. Die Darlehen sind am 1. Dezember 2014 bzw. 26. August 2016 fällig. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht entstehen. Im Falle des Insolvenzverfahrens oder der Liquidation wird das Nachrangdarlehenskapital erst nach Befriedigung aller anderen, nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten, die 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten nicht übersteigen, sind im Durchschnitt mit 4,12 % verzinslich. Die Ursprungslaufzeiten bewegen sich zwischen 5 und 10 Jahren.

Konzern-Anhang

(22) Eigenkapital	**2013 Mio €**	**2012 Mio €**
Der Konzernbilanzgewinn entwickelte sich wie folgt:		
Konzernjahresüberschuss	**52,5**	**51,5**
konzernfremden Gesellschaftern zustehender Gewinn	-1,3	-0,3
auf konzernfremde Gesellschafter entfallender Verlust	0,0	0,2
Konzerngewinn	**51,2**	**51,4**
Gewinnvortrag / Verlustvortrag aus dem Vorjahr	263,2	284,3
Entnahmen aus Gewinnrücklagen		
a) aus der Sicherheitsrücklage	0,0	0,0
b) aus anderen Rücklagen	0,0	0,0
Einstellungen in Gewinnrücklagen		
a) in die Sicherheitsrücklage	-54,6	-72,5
b) in andere Rücklagen	0,0	0,0
Einstellung in konzernfremde Rücklagen	0,0	0,0
Konzernbilanzgewinn	**259,8**	**263,2**

(23) Haftungsverhältnisse

Unter den Eventualverbindlichkeiten sind für Kreditnehmer übernommene Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungsverträge erfasst. Auf Basis der regelmäßigen Bonitätsbeurteilungen der Kunden im Rahmen der Kreditrisikomanagementprozesse wird für die hier ausgewiesenen Beträge davon ausgegangen, dass diese nicht zu einer wirtschaftlichen Belastung führen.

Die unwiderruflichen Kreditzusagen beinhalten überwiegend Darlehen, die noch nicht voll ausgezahlt sind. Unwiderrufliche Kreditzusagen unterliegen den normalen Kreditüberwachungsprozessen, die für alle Kreditengagements gelten. Erhöhte Ausfallrisiken sind hieraus nicht zu erkennen.

Bei den unwiderruflichen Kreditzusagen des Vorjahres waren lediglich Kreditzusagen auf Kontokorrentkredite, die keine kompensationsfähige Kreditnehmereinheiten betrafen, sowie Kreditzusagen für Baufinanzierung und für Privatdarlehen enthalten. Der Vorjahreswert wurde im Volumen von 1.509.633 Tsd Euro entsprechend korrigiert.

Weitere außerbilanzielle Geschäfte gemäß § 285 Nr. 3 HGB bestanden zum Abschlussstichtag nicht.

Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

(24) Zinserträge
Diese Position enthält Zinserträge aus Bauspardarlehen in Höhe von 8,0 Mio Euro (Vorjahr 9,6 Mio Euro), aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten in Höhe von 16,5 Mio Euro (Vorjahr 18,2 Mio Euro) und aus sonstigen Baudarlehen in Höhe von 0,5 Mio Euro (Vorjahr 0,5 Mio Euro).

(25) Zinsaufwendungen
In dieser Position sind Zinsaufwendungen für Bauspareinlagen in Höhe von 15,1 Mio Euro (Vorjahr 16,0 Mio Euro) enthalten.

In den Zinsaufwendungen werden 2,3 Mio Euro (Vorjahr 1,6 Mio Euro) aufgrund von Aufzinsungen bankgeschäftsbezogener Rückstellungen ausgewiesen.

(26) Provisionserträge
Etwa 16,7 % der gesamten Provisionserträge entfallen auf für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Vermittlung und Verwaltung.

Darüber hinaus enthält diese Position Erträge aus Vertragsabschluss und -vermittlung im Bauspargeschäft in Höhe von 6,5 Mio Euro (Vorjahr 6,2 Mio Euro) und aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung in Höhe von 0,1 Mio Euro (Vorjahr 0,9 Mio Euro).

(27) Provisionsaufwendungen
In dieser Position sind Provisionen aus dem Bauspargeschäft in Höhe von 8,0 Mio Euro (Vorjahr 7,7 Mio Euro) enthalten.

(28) Sonstige betriebliche Erträge	**2013 Mio €**	**2012 Mio €**
Die sonstigen betrieblichen Erträge setzen sich zusammen aus:		
- Grundstückserträge	9,2	8,4
- übrige sonstige betriebliche Erträge	116,3	121,7
	125,5	**130,1**

In dieser Position sind Erträge aus der Währungsumrechnung in Höhe von 5,8 Mio Euro (Vorjahr 6,6 Mio Euro) enthalten.

Konzern-Anhang

(29) Sonstige betriebliche Aufwendungen	**2013 Mio €**	**2012 Mio €**
Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich zusammen aus:		
- Aufwand für nicht eigengenutzte Grundstücke und Gebäude	3,2	2,7
- Zinsaufwand aus der Aufzinsung von Rückstellungen	49,5	39,8
- übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	136,1	149,8
	188,8	**192,3**

(30) Außerordentliches Ergebnis
Im außerordentlichen Ergebnis werden die Anpassungsbuchungen aufgrund der Umstellung auf das BilMoG ausgewiesen. 11,8 Mio Euro der außerordentlichen Aufwendungen entfallen auf die Pensionsrückstellungen.

(31) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
In dieser Position sind Aufwendungen für latente Steuern in Höhe von 0,2 Mio Euro (Vorjahr Erträge 0,3 Mio Euro) enthalten. Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit.

Sonstige Angaben

Vorstand und Verwaltungsrat
Im Geschäftsjahr 2013 betrugen die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands 2,5 Mio Euro. Die Gesamtbezüge für frühere Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene beliefen sich auf 2,2 Mio Euro. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen sind insgesamt 21,1 Mio Euro zurückgestellt. Die Kredite an Mitglieder des Vorstands beliefen sich zum 31. Dezember 2013 auf insgesamt 0,3 Mio Euro mit einem Zinssatz von 4,5 %.

Die Gesamtbezüge des Verwaltungsrats betrugen im Geschäftsjahr 0,4 Mio Euro, Kredite wurden in Höhe von 0,3 Mio Euro zu marktüblichen Konditionen gewährt.

Aufwendungen für Abschlussprüfer
Für das Gesamthonorar der Abschlussprüfer wurden im Geschäftsjahr 2013 insgesamt 2.263 TEUR, davon 2.080 TEUR für andere Abschlussprüfer, aufgewendet. Insgesamt entfallen 2.070 TEUR auf die Abschlussprüfungsleistungen, davon 1.894 TEUR für andere Abschlussprüfer, und 188 TEUR auf andere Bestätigungsleistungen, davon 186 TEUR für andere Abschlussprüfer und 5 TEUR auf sonstige Leistungen.

Beschäftigte

Im Jahresdurchschnitt	
Vollzeitkräfte	4.381
Teilzeitkräfte	1.067
	5.448
Auszubildende	387
	5.835

Die Teilzeitkräfte wurden entsprechend ihrer vereinbarten Arbeitszeit auf Vollzeitkräfte umgerechnet. Im Jahresdurchschnitt 2013 waren 1.971 Teilzeitkräfte beschäftigt.

Im Berichtsjahr wurden in anteilsmäßig einbezogenen Unternehmen durchschnittlich quotal 74 Vollzeitkräfte, 17 Teilzeitkräfte und 4 Auszubildende berücksichtigt.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen	**Mio €**
Für die folgenden Geschäftsjahre bestehen Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen:	
- 2014	70,0
- 2015	64,3
- 2016	61,1
	195,4

Das Bestellobligo für Investitionsvorhaben hält sich im üblichen Rahmen.

Nach dem Verfahren KEV (Kreditforderungen – Einreichung und Verwaltung) wurden 377,5 Mio Euro hinterlegt. Daneben wurden im Zusammenhang mit Geschäften an Terminbörsen und Clearingstellen 77,2 Mio Euro in Anspruch genommen, für die Wertpapiere mit einem Buchwert von 131,1 Mio Euro hinterlegt wurden. Außerdem bestehen Nachschussverpflichtungen in Höhe von 5,0 Mio Euro.

Fremdwährung
Die Gesamtbeträge der Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten, die auf Fremdwährung lauten, belaufen sich auf umgerechnet 1.007,1 bzw. 479,9 Mio Euro.

Konzern-Anhang

Termingeschäfte / derivative Finanzgeschäfte

Die nachstehende Übersicht zeigt das Volumen der zum Jahresultimo 2013 bestehenden Geschäfte.

per 31. Dezember 2013 in Mio €	Nominalwerte					Marktwerte	
	Restlaufzeit				davon: des		
	bis 1 Jahr	über 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Summe	Handels-bestands	positiv	negativ
Zinsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte							
- Caps	103,2	219,1	28,5	350,8	0,0	0,2	0,2
- Collars	53,4	46,6	18,5	118,5	0,0	1,4	1,4
- Floors	0,0	1,0	1,0	2,0	0,0	0,0	0,0
- Wertpapier-Termingeschäfte	0,0	0,0	80,0	80,0	0,0	11,0	0,0
- Strukturierte Swaps	1.372,3	313,2	4.936,9	6.622,4	0,0	282,3	31,3
- Swaptions	0,0	36,0	0,0	36,0	0,0	0,3	0,2
- Zinsswaps	3.693,7	20.085,1	18.309,8	42.088,6	648,7	882,5	1.892,8
Börseninstrumente							
- Zins-Futures	2.200,1	0,0	0,0	2.200,1	2,0	16,3	0,6
- Zins-Optionen	23,8	0,0	0,0	23,8	0,0	0,0	0,0
Summe	**7.446,5**	**20.701,0**	**23.374,7**	**51.522,2**	**650,7**	**1.194,0**	**1.926,5**
Währungsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte							
- Devisenoptionen	13,4	0,0	0,0	13,4	13,4	0,1	0,1
- Devisentermingeschäfte	3.188,1	64,2	0,0	3.252,3	0,0	34,5	25,7
- Währungsswaps	7,8	125,1	173,9	306,8	0,0	43,6	39,2
Börseninstrumente							
- Zins-Futures	61,6	0,0	0,0	61,6	0,0	0,0	1,0
Summe	**3.270,9**	**189,3**	**173,9**	**3.634,1**	**13,4**	**78,2**	**66,0**
Geschäfte mit sonstigen Preisrisiken							
OTC-Produkte							
- Strukturierte Swaps	0,0	197,1	0,0	197,1	0,0	5,2	0,0
Börseninstrumente							
- Aktien-Optionen	100,5	0,3	0,0	100,8	0,0	0,7	1,0
- Index-Futures	138,2	0,0	0,0	138,2	0,0	3,6	2,0
- Index-Optionen	112,1	0,0	0,0	112,1	0,0	0,7	0,6
Summe	**350,8**	**197,4**	**0,0**	**548,2**	**0,0**	**10,2**	**3,6**
Kreditderivate							
OTC-Produkte							
- Credit Default Swaps	0,0	95,0	5,0	100,0	0,0	1,7	0,0
Summe	**0,0**	**95,0**	**5,0**	**100,0**	**0,0**	**1,7**	**0,0**

Grundsätzlich wird für die Bewertung der Derivate der aktuelle Marktpreis zugrunde gelegt. Bei börsengehandelten Derivaten werden die Kurse des letzten Börsentags in 2013 verwendet. Ist ein aktueller Marktpreis nicht unmittelbar verfügbar, erfolgt die Bewertung nach den gängigen finanzmathematischen Bewertungsverfahren. So wird bei Zinsswaps ein Barwert auf Grundlage der aktuellen Zinsstrukturkurve ermittelt. Bei Devisentermingeschäften wird der Terminkurs verwendet. Die Marktwerte der Devisenoptionen werden auf Basis der aktuellen Devisenkurse und Zinsstrukturkurven sowie der impliziten Volatilitäten ermittelt (Binomialmodell). Bei Swaptions und Zinsoptionen werden die Marktwerte unter Berücksichtigung von Zinsstrukturkurven und impliziten Volatilitäten errechnet (Black 76 und Hull-White-Modell). Die Zeitwerte der Credit Default Swaps werden als Barwert zukünftiger Zahlungsströme unter Verwendung von Euro Zero Kurven, Bonitätsbewertungen, Wiedereinbringungsquoten und laufzeitabhängigen Credit-Spreads ermittelt.

Auf Basis der Bildung von Bewertungseinheiten werden strukturierte Wertpapiere emittiert, denen in einem Mikrohedge strukturierte Swaps gegenüberstehen, so dass die Zinsrisiken und die sonstigen Preisrisiken vollständig abgesichert sind.

Der wesentliche Teil aller oben genannten zinsbezogenen Geschäfte wurde zur Begrenzung von Zinsrisiken abgeschlossen, sie wurden in die verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen. Mit den Zinsswaps wird im Rahmen der Aktiv- und Passivsteuerung die Fristentransformation gesteuert. Die börsengehandelten Zinsderivate stellen überwiegend Zinssicherungsgeschäfte sowie Handelsgeschäfte für Kunden dar.

Bei den währungsbezogenen Geschäften handelt es sich zu einem großen Teil um Geschäfte mit Kunden und eigenen Spezialfonds, die grundsätzlich kursgesichert sind, in geringerem Umfang um Eigenhandelsgeschäfte. Die währungsbezogenen derivativen Geschäfte stellen zusammen mit den bilanziellen Fremdwährungsbeständen eine nahezu geschlossene Position dar.

Die Geschäfte mit sonstigen Preisrisiken umfassen ausschließlich Handelsgeschäfte für Kunden und strukturierte Swaps, deren Preisrisiken vollständig abgesichert sind.

Als Grundgeschäfte werden Verbindlichkeiten mit einem Buchwert von 3.894,4 Mio Euro und schwebende Geschäfte mit einem Nominalwert von 504,0 Mio Euro in Bewertungseinheiten nach § 254 Satz 1 HGB einbezogen. Bei diesen Bewertungseinheiten handelt es sich jeweils um so genannte Mikro-Bewertungseinheiten. Alle Grundgeschäfte werden mittels derivativer Finanzinstrumente gegen Zins-, Währungs- sowie sonstige Preisrisiken abgesichert.

Zum Bilanzstichtag bestehen für die Absicherung von Zinsänderungsrisiken Geschäfte mit einem positiven Marktwert von 249,9 Mio Euro, für die Absicherung von Währungsrisiken Geschäfte mit einem negativen Marktwert von 22,6 Mio Euro sowie für die Absicherung von sonstigen Preisrisiken Geschäfte mit einem positiven Marktwert von 5,2 Mio Euro.

Bei den Credit Default Swaps handelt es sich um Sicherungsgeberpositionen, wobei 5,0 Mio Euro auf einen impliziten Credit Default Swap einer Credit Linked Note entfallen.

Konzern-Anhang

Pfandbriefe
Die Hamburger Sparkasse AG emittiert seit dem Geschäftsjahr 2006 Pfandbriefe. Die regelmäßigen Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG werden durch die Veröffentlichung über die Homepage im Internet www.haspa.de erfüllt.

PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 1	2013 Mio €	2012 Mio €
Hypothekenpfandbriefumlauf		
- Nennwert	3.377,1	3.034,8
- Barwert	3.841,3	3.655,5
- Risikobarwert[1)]	4.115,0	3.916,1
Deckungsmasse		
- Nennwert	4.021,7	3.566,8
- Barwert	4.431,4	4.064,0
- Risikobarwert[1)]	4.622,0	4.213,0
Überdeckung		
- Nennwert	644,6	532,0
- Barwert	590,1	408,5
- Risikobarwert[1)]	507,0	296,9

[1)] dynamisches Verfahren gemäß PfandBarwertV

PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 2	2013 Mio €	2012 Mio €
Laufzeitstruktur des Hypothekenpfandbriefumlaufs		
- bis zu 1 Jahr	167,5	66,0
- mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahre	81,9	166,8
- mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahre	386,0	80,1
- mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahre	342,5	386,0
- mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahre	224,2	307,5
- mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahre	1.347,1	1.256,5
- mehr als 10 Jahre	828,0	772,0
Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse		
- bis zu 1 Jahr	421,6	335,1
- mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahre	445,1	306,8
- mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahre	615,6	385,2
- mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahre	420,8	658,1
- mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahre	460,6	342,9
- mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahre	1.324,8	1.232,2
- mehr als 10 Jahre	333,2	306,5

PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 3
In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate.

PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 4
In der Deckungsmasse sind weitere Deckungswerte in Höhe von 300,0 Mio Euro (Vorjahr 400,0 Mio Euro) enthalten.

PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 1	2013 Mio €	2012 Mio €
a) Gesamtbetrag der verwendeten nennwertigen Deckungsmasse nach Größenklassen[1)]		
Kreditdeckung		
- bis 300 TEUR	1.659,7	1.624,5
- über 300 TEUR bis zu 5,0 Mio Euro	1.615,7	1.280,0
- mehr als 5,0 Mio Euro	446,3	262,3
b) Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen nach Staaten[1)]		
Bundesrepublik Deutschland	3.721,7	3.166,8

c) Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen nach Nutzungsart[1)]	2013 Mio €	2012 Mio €	2013 Mio €	2012 Mio €
	wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke		gewerblich genutzte Grundstücke	
- Wohnungen	320,8	310,0	0,0	0,0
- Einfamilienhäuser	1.142,4	1.131,6	0,0	0,0
- Mehrfamilienhäuser	1.233,7	948,7	0,0	0,0
- Bürogebäude	0,0	0,0	398,4	325,1
- Handelsgebäude	0,0	0,0	151,2	66,4
- Industriegebäude	0,0	0,0	25,1	79,3
- sonstige gewerblich genutzte Gebäude	0,0	0,0	450,1	305,7
- unfertige und nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0
- Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0

PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 2		
Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Forderungen	0,0	0,0

[1)] ausschließliche Betrachtung der ordentlichen Deckung

PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 3a – 3c	2013 Mio €	2012 Mio €	2013 Mio €	2012 Mio €
	wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke		gewerblich genutzte Grundstücke	
Anzahl anhängiger Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	0	0	0	0
Anzahl durchgeführter Zwangsversteigerungen	0	0	0	0
Übernahme von Grundstücken	0	0	0	0
Rückstände Zinsen	0,0	0,0	0,0	0,0

Treuhänder

Uwe Rollert, Unternehmensberater

Stellvertreter Dr. Adam von Kottwitz, Notar a.D.

Stellvertreter Rainer Sinhuber, Richter i.R.

Anteilsbesitz der HASPA Finanzholding per 31. Dezember 2013[1)]

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Eigenkapital in %	Eigenkapital des Unternehmens T € [2)]	Jahres-ergebnis des Unternehmens T € [2)]
Unmittelbare Beteiligungen:			
- Freie Sparkassen Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	75,64 %	19.687,5 [3)]	2.248,9 [3)]
- Haspa Erste Beteiligungsgesellschaft mbH i.L., Hamburg	100,00 %	27,1 [3)]	-0,2 [3)]
- Haspa HanseGrund GmbH, Hamburg	90,00 %	171,9 [3)]	9,7 [3)]
- Haspa Zweite Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	100,00 %	25,7 [3)]	-0,3 [3)]
- HLS Hamburger Logistik Service GmbH, Hamburg	100,00 %	1.500,0 [3)]	0,0 [3) 4)]
- INUIT Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	94,90 %	-3.640,3	-23,9
- MALABO Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	94,90 %	-539,7	5,7
- neue leben Pensionsverwaltung Aktiengesellschaft, Hamburg	21,18 %	15.913,0	-73,0
- NM Nord-IMMO Management Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	100,00 %	36,6 [3)]	0,6 [3)]
- Wohnungsunternehmen Fiefstücken GmbH, Hamburg	100,00 %	51.363,2 [3)]	0,0 [3) 4)]
- Fünfzehnte Hammonia Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	100,00 %	25,1 [3)]	-0,3 [3)]
Mittelbare Beteiligungen über Hamburger Sparkasse AG:			
- BTG Beteiligungsgesellschaft Hamburg mbH, Hamburg	26,23 %	3.331,4	117,5
- Cenito Service GmbH, Hamburg	100,00 %	800,0	0,0 [4)]
- GBP Gesellschaft für Betriebliche Pensionsplanung mbH, Hamburg	100,00 %	42,6	0,0 [4)]
- Haspa-DIREKT Servicegesellschaft für Direktvertrieb mbH, Hamburg	100,00 %	687,1	0,0 [4)]
- Hanseatischer Sparkassen- und Giroverband, Hamburg	74,87 %	63.693,1	-0,6
- Haspa Beteiligungsgesellschaft für den Mittelstand mbH, Hamburg	100,00 %	5.000,0	0,0 [4)]
- INUIT Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	5,10 %	-3.640,3	-23,9
- MALABO Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	5,10 %	-539,7	5,7
- Mittelstandsfonds Hamburg MHH GmbH & Co. KG, Hamburg	75,10 %	10.001,6	75,6
- Mittelstandsfonds Hamburg MHH Verwaltungs GmbH, Hamburg	75,20 %	15,1	-1,3
- SAG Süderelbe Projektgesellschaft AG & Co. KG, Lüneburg	25,00 %	38,3	-83,0
- Wincor Nixdorf Portavis GmbH, Hamburg	25,00 %	5.431,5 [3)]	3.091,2 [3)]

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Eigenkapital in %	Eigenkapital des Unternehmens T € [2]	Jahres-ergebnis des Unternehmens T € [2]
über Sparkasse Mittelholstein AG:			
- Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft Rendsburg-Eider GmbH, Rendsburg	100,00 %	64,9	0,0
- Freie Sparkassen Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	1,28 %	19.687,5 [3]	2.248,9 [3]
- Rendsburg Energie Contracting GmbH, Rendsburg	49,00 %	393,8	23,4
über Freie Sparkassen Beteiligungsgesellschaft mbH:			
- DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen	33,00 %	102.366,2	24.197,3
- Deutsche Factoring Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bremen	33,33 %	274,7	88,1
über Grossmann & Berger GmbH:			
- Johs. Reese Immobilien Consulting GmbH, Berlin	100,00 %	100,0	0,0 [4]
über NRS Norddeutsche Retail-Service GmbH:			
- Kredit-Service-Center GmbH, Bremen	100,00 %	1.500,1	0,0 [4]
- NRS Consulting GmbH, Hamburg	100,00 %	544,2	44,2
über Haspa Beteiligungsgesellschaft für den Mittelstand mbH:			
- MHG Beteiligungsgesellschaft mbH, Buchholz	40,00 %	1.393,5	-208,1
- Schaltex Beteiligungs GmbH, Hamburg	25,80 %	1.609,0	1.397,8
- novomind management group GmbH, Hamburg	22,51 %	7.210,5	2.853,2
über Mittelstandsfonds Hamburg MHH GmbH & Co. KG:			
- Brands Fashion GmbH, Buchholz	20,00 %	5.504,8	1.182,7
- GFA Beteiligungs GmbH, Hamburg	20,00 %	18.233,4	1.923,9
- Schaltex Beteiligungs GmbH, Hamburg	49,00 %	1.609,0	1.397,8
über Schaltex Beteiligungs GmbH:			
- SCHALTEX SYSTEMS GmbH, Hamburg	100,00 %	1.263,4	0,0
über Wohnungsunternehmen Fiefstücken GmbH:			
- HSF Hauswart-Service Fiefstücken GmbH, Hamburg	100,00 %	64,8	39,8

[1] Anteilsbesitz ab mindestens 20 % an nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, soweit er nicht von untergeordneter Bedeutung ist
[2] Nach dem letzten für 2012 vorliegenden Jahresabschluss, soweit kein anderer Hinweis
[3] Nach dem letzten für 2013 vorliegenden Jahresabschluss
[4] Gewinnabführungsvertrag

Konzern-Anhang

Anhangangaben gemäß § 340a Abs. 4 HGB

Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter, die Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 267 Abs. 3 HGB) wahrnehmen:

Vorstandsmitglieder

Dr. Harald Vogelsang

Aufsichtsrat

Landesbank Berlin Holding AG, Berlin	Mitglied
Landesbank Berlin AG, Berlin	Mitglied

Reinhard Klein

Aufsichtsrat

neue leben Unfallversicherung Aktiengesellschaft, Hamburg	stellv. Vorsitzender
LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG, Kiel / Hamburg	Mitglied
neue leben Pensionskasse Aktiengesellschaft, Hamburg	Mitglied
V-Bank AG, München	Mitglied

Dr. Jörg Wildgruber

Aufsichtsrat

neue leben Pensionskasse Aktiengesellschaft, Hamburg	Vorsitzender
LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG, Kiel / Hamburg	stellv. Vorsitzender
neue leben Lebensversicherung Aktiengesellschaft, Hamburg	stellv. Vorsitzender
Sparkasse Mittelholstein Aktiengesellschaft, Rendsburg	1. stellv. Vorsitzender
Bordesholmer Sparkasse Aktiengesellschaft, Bordesholm	Mitglied

Mitarbeiter

Dr. Cirsten Witt (Prokuristin)

Aufsichtsrat

LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG, Kiel / Hamburg	Mitglied
neue leben Unfallversicherung Aktiengesellschaft, Hamburg	Mitglied

Beteiligungen

Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, die 5 % der Stimmrechte überschreiten:

Bordesholmer Sparkasse Aktiengesellschaft, Bordesholm
Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH, Kiel
Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg GmbH, Hamburg
Sparkasse zu Lübeck Aktiengesellschaft, Lübeck
Wincor Nixdorf Portavis GmbH, Hamburg

Konzern-Anhang

Verwaltungsrat

Dr. Karl-Joachim Dreyer
Präses
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Hamburger Sparkasse AG

Peter Becker
Stellvertretender Präses
Bäckermeister
Präsident Zentralverband des
Deutschen Bäckerhandwerks e.V.

Dr. Martin Willich
Rechtskundiges Mitglied
Kaufmann, Jurist

Michael Behrendt
Vorsitzender des Vorstands
Hapag-Lloyd AG
(seit 30. Januar 2013)

Prof. Dr. Jörg F. Debatin
Vorstandsvorsitzender
amedes Holding AG

Dipl.-Kfm. Günter Elste
Vorsitzender des Vorstands
Hamburger Hochbahn AG

Dipl.-Kfm. Helga Jochens
Geschäftsführerin
Grundstücksverwaltung Johann Kaune Erben
GmbH & Co. KG
(bis 30. Januar 2013)

Claus Krohn
Betriebsratsvorsitzender
Hamburger Sparkasse AG
(seit 30. Januar 2013)

Uwe Mellewigt
Ehemaliger Betriebsratsvorsitzender
Hamburger Sparkasse AG
(bis 30. Januar 2013)

Dirk Reimers
Rechtsanwalt, Staatsrat a.D.
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Deutsche Nationalstiftung

Gabriele Voltz
Rechtsanwältin
Stellvertretende Vorsitzende
Verband Freier Berufe in der
Freien und Hansestadt Hamburg

Vorstand

Dr. Harald Vogelsang
Sprecher

Reinhard Klein

Dr. Jörg Wildgruber

Hamburg, den 19. März 2014

Der Vorstand

Dr. Vogelsang Klein Dr. Wildgruber

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der HASPA Finanzholding, juristische Person alten hamburgischen Rechts, Hamburg, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel – und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und über den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Rechnungslegungsinformationen der in den Konzernabschluss einbezogenen Teilbereiche, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 11. April 2014

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Zemke
Wirtschaftsprüfer

Butte
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat hat sich im Berichtsjahr vom Vorstand über alle grundsätzlichen Fragen der strategischen Ausrichtung und der Geschäftspolitik sowie über die Entwicklung des laufenden Geschäfts und die wirtschaftlichen Verhältnisse regelmäßig, zeitnah und umfassend unterrichten lassen. Alle wesentlichen Fragen wurden mit dem Vorstand in sechs Plenarsitzungen ausführlich erörtert. Angelegenheiten von besonderer Tragweite wurden darüber hinaus in Sitzungen des aus der Mitte des Verwaltungsrats gebildeten Präsidialausschusses im Vorwege beraten und vertieft. Inhaltliche Schwerpunkte bildeten neben der turnusmäßigen Befassung mit den größeren Beteiligungen – hier insbesondere der Hamburger Sparkasse AG – die Überprüfung der Gruppenstrategie vor allem vor dem Hintergrund der erneuten Änderung des Sparkassengesetzes in Schleswig-Holstein, der Ausbau der Beteiligung der HASPA Finanzholding an der Sparkasse Mittelholstein AG im Wege einer Kapitalerhöhung, die Neuausrichtung der NRS Norddeutsche Retail-Service GmbH nach der Beendigung der Mandatsbeziehung zur Sparkasse Bremen und das Projekt der HLS Hamburger Logistik Service GmbH mit schleswig-holsteinischen Sparkassen über eine Bargeldlogistik-Kooperation in Schleswig-Holstein. Des Weiteren wurde erstmals der gruppenweite Kapitalplanungsprozess im Verwaltungsrat vorgestellt und erörtert. Ferner befasste sich der Verwaltungsrat erneut intensiv mit der Entwicklung der regulatorischen Rahmenbedingungen, insbesondere den durch das CRD IV-Umsetzungsgesetz eingeführten Neuregelungen im KWG zur Corporate Governance, sowie den Auswirkungen auf die HASPA-Gruppe. In diesem Zusammenhang übertrug der Verwaltungsrat dem Präsidialausschuss zum 1. Januar 2014 die nunmehr im KWG für die Ausschüsse des Aufsichtsorgans vorgesehenen Aufgaben und passte die Geschäftsordnung für den Verwaltungsrat entsprechend an.

Der Verwaltungsrat war darüber hinaus in alle aktuellen Sachverhalte und Entscheidungen eingebunden, die nach der Satzung der Zustimmung des Verwaltungsrats bedurften. Zwischen dem Präses des Verwaltungsrats und dem Sprecher des Vorstands fanden daneben regelmäßige Gespräche statt, in denen über maßgebliche operative Themen informiert und strategische Überlegungen vorbereitend erörtert wurden. Der Verwaltungsrat hat sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt und im Rahmen seiner Zuständigkeiten und Kompetenzen die ihm obliegenden Entscheidungen in fünf turnusmäßigen Sitzungen und einer außerordentlichen Sitzung sowie im schriftlichen Verfahren getroffen. Ferner fand eine Weiterbildungsveranstaltung für die Mitglieder des Verwaltungsrats statt, in der die Auswirkungen aktueller regulatorischer Entwicklungen auf die Tätigkeit des Verwaltungsrats unter besonderer Berücksichtigung des CRD IV-Umsetzungsgesetzes sowie die Folgen der europäischen Bankenaufsicht für die HASPA-Gruppe erläutert und diskutiert wurden. Über die Arbeit des Präsidialausschusses hat sich der Verwaltungsrat regelmäßig berichten lassen.

Die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, hat den Jahresabschluss der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2013 sowie den Konzernabschluss und Konzernlagebericht zum 31. Dezember 2013 geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Nach eigener Prüfung und Erörterung des Einzel- sowie des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts mit dem bestellten Abschlussprüfer in den Bilanzsitzungen von Präsidialausschuss und Verwaltungsrat hat der Verwaltungsrat von dem jeweiligen Prüfungsergebnis zustimmend Kenntnis genommen und dem Jahresabschluss der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2013 sowie dem Konzernabschluss und dem Konzernlagebericht zum 31. Dezember 2013 zugestimmt.

Der Verwaltungsrat hat sich ferner dem Vorschlag des Vorstands angeschlossen, dem Kuratorium zu empfehlen, den Jahresabschluss der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2013 festzustellen und den Bilanzgewinn von 56,4 Millionen Euro, der dem Jahresüberschuss entspricht, der Sicherheitsrücklage zuzuführen sowie den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2013 zu billigen.

Aus dem Kuratorium beendeten mit Ablauf der Kuratoriumssitzung am 29. Januar 2014 Frau Annegrethe

Stoltenberg, Frau Sylvia Warner, Frau Silke Weitendorf und die Herren Dr. Peter Daschner, Frank Glücklich, Dr. Jan Grotheer, Dr. Jürgen Hogeforster, Prof. Dr. Wilhelm Hornbostel, Lutz Marmor und Werner Matthews aufgrund der in der Satzung festgelegten Altersbegrenzung oder auf eigenen Wunsch ihre langjährige Tätigkeit im Kuratorium. Neu in das Kuratorium gewählt wurden in der Sitzung am 29. Januar 2014 für die satzungsmäßige Amtszeit von vier Kalenderjahren Frau Karen Begemann, Frau Monika Breuch-Moritz sowie die Herren Henning Albers, Dr. Michael Beckereit, Thomas Hoyer, Axel Kloth, Rainer Schulz und Michael Westhagemann. Vorstand und Verwaltungsrat danken allen ausgeschiedenen Gremienmitgliedern herzlich für ihr engagiertes und verdienstvolles Wirken während der vergangenen Jahre im Interesse der HASPA Finanzholding und der gesamten HASPA-Gruppe.

Herr Reinhard Klein, Mitglied des Vorstands der HASPA Finanzholding und stellvertretender Sprecher des Vorstands der Hamburger Sparkasse AG, schied nach über sieben Jahren im Vorstand der Hamburger Sparkasse AG und knapp zwei Jahren im Vorstand der HASPA Finanzholding mit Ablauf des 31. März 2014 auf eigenen Wunsch aus den Vorständen der HASPA Finanzholding und der Hamburger Sparkasse AG aus. Der Verwaltungsrat dankt Herrn Klein für sein langjähriges erfolgreiches Wirken zum Wohle der HASPA-Gruppe.

Der Verwaltungsrat spricht dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der HASPA Finanzholding für den großen persönlichen Einsatz und die erfolgreiche Arbeit im abgeschlossenen Geschäftsjahr Dank und Anerkennung aus. In gleicher Weise dankt der Verwaltungsrat den Mitgliedern der Gremien für das im Geschäftsjahr 2013 gezeigte Engagement.

Hamburg, den 24. April 2014

Der Verwaltungsrat

Dr. Karl-Joachim Dreyer
Präses 427

Gerichtliche Mitteilungen

Aufgebot

über die Anlegung von Grundbuchblättern für bislang nicht im Grundbuch eingetragene Grundstücke

Geschäftszeichen: Francop Blatt 682-1. Das nachstehend näher bezeichnete Grundstück, welches kein Blatt im Grundbuch hat, soll nunmehr in das Grundbuch eingetragen werden: Gemarkung Francop, Flurstück 1714. Wirtschaftsart: Graben, Grünanlage. Lage: nördlich Achtern Brack 8, Am Francoper Schleusenfleet. Größe 3296 m².

Als Eigentümer soll eingetragen werden: Schleusenverband Francop, Stellmacherstraße 23, 21129 Hamburg.

Auf Grund der §§ 116 bis 121 der Grundbuchordnung in der Fassung vom 26. Mai 1994 werden alle Personen, die beschränkte dingliche Rechte oder sonstige Eigentumsbeschränkungen an diesem/diesen Grundstück/en in Anspruch nehmen, auf die bevorstehende Anlegung des Grundbuchblattes aufmerksam gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass nach Ablauf von zwei Monaten die Anlegung des Grundbuchblattes ohne Berücksichtigung des in Anspruch genommenen Rechts erfolgen wird, wenn dieses nicht vor Ablauf der vorbezeichneten Frist bei dem Grundbuchamt angemeldet und entweder durch öffentliche oder öffentlich beglaubigte Urkunden, deren erklärter Inhalt vom Eigentümer stammt, nachgewiesen oder von dem Eigentümer anerkannt ist.

Hamburg, den 23. Mai 2014

Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg
– Grundbuchamt –

Abteilung 604 428

Zwangsversteigerung

71 e K 62/13. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Rittmerskamp 46 belegene, im Grundbuch von Langenhorn Blatt 7416 eingetragene 140 m² große Grundstück (Flurstück 5750), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist bebaut mit einem zweigeschossigen, vollunterkellerten Reihenmittelhaus mit nicht ausgebautem Dachgeschoss und einer unterkellerten Terrasse, 4 Zimmer, Bad, Gast-WC, Küche, Terrasse, Hobbyraum im Keller, Gesamtwohnfläche etwa 97,6 m², Gas-Zentralheizung. Ursprungsbaujahr 1960. Infolge diverser Modernisierungen fiktives Baujahr 1977, zur Zeit der Begutachtung selbst genutzt.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 181 000,– Euro. Je 1/2 Anteil: 90 500,– Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 5. August 2014, 9.30 Uhr,** vor dem Amtsgericht Hamburg, Caffamacherreihe 20, II. Stock, Saal 224.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann im Internet unter www.zvg.com heruntergeladen oder auf der Geschäftsstelle, Caffamacherreihe 20, Zimmer 225, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 26. September 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 6. Juni 2014

Das Amtsgericht, Abt. 71 429

Zwangsversteigerung

802 K 46/13. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Fuhlsbüttler Straße 228, 230, Mildestieg 2 belegene, im Grundbuch von Barmbek Blatt 16813 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus einem 2889/100 000 Miteigentumsanteil an dem 2458 m² großen Grundstück (Flurstück 5580), verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nummer 15 bezeichneten Wohnung einschließlich Bodenräumen mit gleicher Nummer, durch das Gericht versteigert werden.

Beschreibung laut Gutachten: Die vermietete 3-Zimmer-Wohnung befindet sich im III. Obergeschoss Mitte eines voll unterkellerten Mehrfamilien- und Geschäftshauses mit 3 Hauseingängen und 4 bzw. 5 Vollgeschossen. Postalische Anschrift: Fuhlsbüttler Straße 230, Ursprungsbaujahr 1928. Die Wohnfläche beträgt etwa 95,5 m² (Küche mit Speisekammer, Vollbad, Flur), einfache Ausstattung, unmodernisierter Zustand, kein Balkon, zwei Bodenabstellräume vorhanden.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 157 000,– Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 13. August 2014, 10.00 Uhr,** vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, 22083 Hamburg, Erdgeschoss, Saal E.005.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 1. Oktober 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 6. Juni 2014

Das Amtsgericht
Hamburg-Barmbek

Abteilung 802 430

Zwangsversteigerung

616 K 14/12. Im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft (§ 180 ZVG) soll das in Groß-Sand 12, 21107 Hamburg belegene, im Grundbuch von Wilhelmsburg Blatt 5539 eingetragene 3508 m² große Grundstück (Flurstück 1590), durch das Gericht versteigert werden.

Lütcke & Wulff **C 1160** **PVSt, DPAG, Entgelt bezahlt**
Druckerei und Verlag
Rondenbarg 8
22525 Hamburg

Das Grundstück ist bebaut mit einem Doppelhaus mit einer Garagenanlage mit 6 Garagen und Werkstattflächen. Baujahr ursprünglich 1850, seitdem laufend modernisiert. Garagenanlage Baujahr 1934 und 1938. Das teilunterkellerte Doppelhaus ist eingeschossig mit ausgebautem Dachgeschoss. Es besteht ein rückwärtiger, nicht unterkellerter, eingeschossiger Anbau. Für die rechte Doppelhaushälfte besteht ein dinglich gesichertes Wohnrecht. Das Flurstück wird von einer Grundwasserverunreinigung unterströmt. Das Grundstück wird von den Eigentümern bzw. Berechtigten genutzt. Es gelten die Bestimmungen des ersten Versteigerungstermins.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 296 000,– Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 22. Juli 2014, 9.00 Uhr,** vor dem Amtsgericht Hamburg-Harburg, Bleicherweg 1, Saal 04 (Souterrain).

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 101, montags bis freitags (außer mittwochs) von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, Telefon: 040 / 4 28 71 - 24 06, eingesehen oder im Internet unter www.zvg.com, www.zvhh.de und www.versteigerungspool.de abgerufen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 11. April 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 6. Juni 2014

Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg
Abteilung 616 431

Ausschließungsbeschluss

406 II 2/14. Auf Antrag der UniCredit Bank AG, 80311 München – 61AI/Anderson, Ingrid///43 ISC2/Leu –,beschließt das Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Abteilung 406, durch die Rechtspflegerin S. Zeyn:

Der (Gesamt-)Grundschuldbrief Gruppe 02 Nummer 10254276 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Hamburg-Bergedorf nach Pfandhaftentlassungen im Übrigen nur noch im Grundbuch von Lohbrügge Blatt 5499 in Abteilung III unter der Nummer 1 – eins – für die Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft Hamburg eingetragene Grundschuld über 350 518,– DM (dreihundertfünfzigtausendfünfhundertachtzehn Deutsche Mark) = 179 217,01 Euro (einhundertneunundsiebzigtausendzweihundertsiebzehn 01/100 Euro), wird für kraftlos erklärt. Der Verfahrenswert wird auf 35 843,– Euro festgesetzt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Beschluss ist die Beschwerde zulässig. Die Beschwerde ist schriftlich oder zur Niederschrift der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Hamburg-Bergedorf, Ernst-Mantius-Straße 8, 21029 Hamburg, innerhalb von einem Monat nach Zustellung einzulegen. Die Beschwerde soll begründet werden.

Hamburg, den 28. Mai 2014

Das Amtsgericht
Hamburg-Bergedorf
Abteilung 406 432

Ausschließungsbeschluss

406 II 3/14. Auf Antrag des Hauptzollamtes Hamburg-Stadt, Koreastraße 4, 20457 Hamburg, als Pfändungsgläubigerin der Frau Dagmar Klusch, Holtenklinker Straße 11, 21029 Hamburg, beschließt das Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Abteilung 406, durch den Rechtspfleger Prüssing:

Das Sparbuch zur Kontonummer 3040029906, ausgegeben von der Hamburger Sparkasse AG mit Sitz in Hamburg, wird für kraftlos erklärt. Die Antragstellerin trägt die Kosten des Verfahrens.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Beschluss ist die Beschwerde zulässig. Beschwerdeberechtigt ist derjenige, der durch diesen Beschluss beeinträchtigt ist. Die Beschwerde ist binnen einer Frist von einem Monat schriftlich oder zur Niederschrift der Geschäftsstelle bei dem Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Ernst-Mantius-Straße 8, 21029 Hamburg, einzulegen. Die Beschwerdefrist beginnt im Falle der öffentlichen Zustellung einen Monat nach Aushang des Beschlusses an der Gerichtstafel. Die Beschwerde muss die Bezeichnung des angefochtenen Beschlusses sowie die Erklärung enthalten, dass Beschwerde gegen diesen Beschluss eingelegt wird. Sie ist vom Beschwerdeführer oder seinem Bevollmächtigten zu unterzeichnen. Die Beschwerde soll begründet werden.

Hamburg, den 13. Mai 2014

Das Amtsgericht
Hamburg-Bergedorf
Abteilung 406 433

Sonstige Mitteilungen

Nachtragsverteilung

In dem aufgehobenen Konkursverfahren über das Vermögen der **GEFFAH Gesellschaft für Familienheime mbH & Co. Hamburg,** ehemals Frankenstraße 35, 20097 Hamburg, soll eine Nachtragsverteilung erfolgen. Zur Ausschüttung sind 17 000,– Euro abzüglich der Massekosten verfügbar. Die zu berücksichtigenden Konkursforderungen ohne Vorrecht betragen nach dem niedergelegten Schlussverzeichnis 8 011 878,80 Euro.

Hamburg, den 28. Mai 2014

Der Ausschüttungsbeauftragter
H.-J. Müller 434

Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg.
Druck, Verlag und Ausgabestelle Lütcke & Wulff, Rondenbarg 8, 22525 Hamburg – Telefon: 23 51 29-0 – Telefax: 23 51 29 77.
Bestellungen nimmt der Verlag entgegen. Bezugspreis für Teil I und II zusammen jährlich 75,– EUR. Einzelstücke je angefangene vier Seiten 0,26 EUR (Preise einschließlich 7 % Mehrwertsteuer).